

Institutionelle Ursachen und Hemmnisse für inflationäre Prozesse in sozialistischen Planwirtschaften*

Von Friedrich Haffner

Das Inflationsproblem wird für sozialistische Planwirtschaften nach dem Erscheinungsbild, nach den durch das System gesetzten Ursachen (also unter Verzicht auf die Analyse der äußeren Einflüsse) und im Hinblick auf die Maßnahmen zu seiner Bewältigung untersucht.

Häufig wird im Vergleich zu Marktwirtschaften für sozialistische Planwirtschaften¹ die Existenz von Inflation als einer gravierenden monetären Instabilität geleugnet². Es möge hier dahingestellt bleiben, ob dieses Urteil als letztes Wort über das Inflationsproblem im Vergleich gerechtfertigt ist. Sicherlich trifft es nicht zu, wenn man — wie in dieser Studie — das Augenmerk auf einzelne inflationäre Prozesse und Phänomene richtet, die in sozialistischen Planwirtschaften durch verschiedene Ursachenkomplexe bedingt auftreten, ihre spezifischen Erscheinungsformen und Abläufe haben und auf unterschiedliche Weise gefördert und behindert werden. Daß in diesem Sinn Inflation auch für sozialistische Planwirtschaften ein Problem ist, findet verbreitet Anerkennung auch von Fachwissenschaftlern sozialistischer Länder, z. B. *Atlas* (1969, S. 11 f.).

In diesem Beitrag soll nicht der Versuch unternommen werden, statistisch-empirisch die konkreten Inflationserscheinungen nachzuweisen und ihren Umfang zu messen. Es ist auch nicht beabsichtigt, die Inflationssimpulse und -ursachen zu untersuchen, von denen angenommen

* Die Arbeit wurde am Osteuropa-Institut der Freien Universität erstellt und im Forschungsseminar der Abteilung Wirtschaft erörtert. Für kritische Hinweise und Anregungen habe ich den Hochschullehrern und den wissenschaftlichen Mitarbeitern, meinen Kollegen, zu danken.

¹ Der Begriff wird synonym für das Wirtschaftssystem der Länder des sowjetischen Sozialismus verwendet, zu denen nicht China und Jugoslawien zählen. Auch Ungarn würde heute nicht mehr ohne Einschränkung dazu gerechnet werden können. Die unkritische Übernahme des „Sozialistisch“ nimmt auf das Selbstverständnis auch deshalb Rücksicht, weil in ihm kritische Kriterien enthalten sind.

² Z. B. „Die sozialistische Gesellschaft ist frei von den antagonistischen Widersprüchen der kapitalistischen Warenproduktion und des kapitalistischen Warenlaufes, die Nichteinlösbarkeit der Geldzeichen in Gold führt hier nicht zur Unstabilität des Geldsystems“. *Andres* (1973), S. 43.

wird, daß sie nicht im Wirtschaftssystem selbst begründet liegen, sondern auf äußere Faktoren zurückgehen. Dazu werden folgende Komplexe gezählt, die jedoch für bestimmte Etappen der Geschichte oder für bestimmte konkrete Erscheinungsformen des Sozialismus besonders charakteristisch sind: 1. Bewußte inflationäre Geldschöpfungspolitik, wie sie z. B. in der Sowjetunion, vor allem in der Zeit des Kriegskommunismus, in der NEP und zur Kriegsfinanzierung des 2. Weltkrieges betrieben wurde. In diesen Fällen ist die Geldvermehrung als wirtschaftspolitisches Instrument mehr oder minder gezielt eingesetzt worden. Manchmal wird die These vertreten, z. B. bei *Czapo* (1966, S. 247) und *Koch* (1949, S. 30), daß Inflation in sozialistischen Ländern im wesentlichen nur auftreten kann, wenn sie vom Staat beabsichtigt und von staatlichen Organen geschaffen worden ist. Gerade diese Fragestellung soll hier nicht verfolgt werden. 2. Auch die Übertragung der Weltinflation durch die weltwirtschaftliche Verflechtung der sozialistischen Länder bleibt außer Betracht. Ihre Ausschaltung rechtfertigt sich durch die Externität der Ursache und dadurch, daß der Inflations-„Import“ durch die Einrichtung des Preisausgleichskontos erschwert werden kann³. Auch wenn ein ganzer Wirtschaftszweig, wie im wesentlichen die polnische Landwirtschaft, auf privatwirtschaftlicher Basis funktioniert, bleiben die hierin eventuell liegenden Inflationsursachen außer Betracht. 3. In die Überlegungen soll nur am Rande einbezogen werden, wie weit bestimmte theoretische oder politische Positionen oder ihre Aufhebung und Abschwächung — obwohl sie teilweise zu Quasi-Institutionen geworden sind — inflationäre Prozesse eingeleitet haben und noch dafür verantwortlich sind. Als solche müssen gelten die bis heute nachwirkende Theorie und Praxis, daß für unterschiedliche Warengruppen unterschiedliche Preisniveaus festgelegt werden. Die allmähliche Aufhebung dieser geplanten Disproportionen hat insbesondere im Grundstoffbereich zu starken Preisanhebungen geführt, die nur mit Mühe oder nur teilweise vor allem im Investitionsgüterbereich aufgefangen werden konnten. Die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie gegenüber der Leichtindustrie — eines der wichtigsten entwicklungspolitischen Konzepte — war die Quelle eines ständigen Ungleichgewichts zwischen der Konsumgüterproduktion und den in der Gesamtwirtschaft verdienten Einkommen. Dieses Ungleichgewicht wurde über lange Zeit für den monetären Bereich theoretisch mit der Stalinschen These von der Gesetzmäßigkeit des Überhangs der Nachfrage über das

³ Das im ganzen bis heute geltende staatliche Außenhandels- und Valutamonopol gestattet es, Export und Import einerseits auf Binnenwährungskonten und andererseits auf Fremdwährungskonten getrennt zu saldieren und damit die Binnenwirtschaft abzuschirmen. Steigerung der Weltmarktpreise schlagen lediglich über den unmittelbaren Preiseffekt und bei negativer Entwicklung der terms of trade über.

Angebot begründet, die für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaften gelte (vgl. *Nikitina* 1965, S. 119).

Der Verzicht auf die Erörterung dieser Inflationsursachen ist bedingt durch den Versuch, inflationäre Phänomene auch daraufhin zu untersuchen, wie weit sie nicht voluntaristisch oder als Folge äußerer Einwirkungen entstehen, sondern als notwendige Konsequenz von Einrichtungen des konkreten planwirtschaftlichen Systems anzusehen sind. Eine solche Fragestellung muß in den Verdacht der Splittersuche im Auge des anderen geraten. Wenn jedoch das Inflationsproblem insgesamt von geringerer Bedeutung als im Westen ist, so mag dies darin begründet sein, daß volkswirtschaftliche Planung als ex-ante-Koordination a priori gleichgewichtsorientiert ist und daß das konkrete Planungssystem auch Einrichtungen vorsieht, die der Bewältigung inflationärer Prozesse dienen.

I. Zum Begriff der Inflation

Das begriffliche Verständnis von Inflation muß, zumal wenn deminutiv nur von inflationären Prozessen und Erscheinungen gesprochen wird, von vornherein weit geöffnet sein, soll nicht die Studie schon vom Vorverständnis her eingeeengt werden. So ist eine Zurückführung des Inflationsphänomens allein auf Preissteigerungen (*Johnson* 1969, S. 115) oder sogar nur auf Preissteigerungen im Konsumgüterbereich (vgl. *Zala* 1973, S. 147) unzumutbar. Es soll dagegen die inflationäre Lücke, die als Angebotslücke oder als Nachfrageüberschuß interpretiert werden kann, als Ausgangspunkt dienen. Das Ungleichgewicht kann einmal durch Preissteigerungen gelöst werden und führt damit zur sog. Preisinflation oder offenen Inflation. Dieser Inflationstyp verdient angesichts eines Wirtschaftssystems, zu dessen wesentlichen Strukturelementen die staatliche Preisbildung gehört, besondere Aufmerksamkeit, zumal wenn von vornherein eine staatlich gewollte Inflationspolitik aus der Betrachtung ausgeschlossen und angenommen wird, daß — eine heute durchaus realistische Betrachtung — der Staat durch seine Planung, insbesondere durch die Preisplanung, Preisstabilität zu erreichen sucht. Gibt es inflationäre Preissteigerungen, müssen sie innerhalb des Systems der staatlichen Preisbildung gesucht werden. Diesem Problemkreis gilt der folgende Abschnitt II.

Die Schließung der inflatorischen Lücke kann auch durch Behinderung der kaufkräftigen Nachfrage erfolgen, wie sie im Typ der zurückgestauten oder versteckten Inflation (vgl. *Röpke* 1947, S. 57 ff.) zutage tritt. Als Mittel können die Formen der administrativen Rationierung (Bezugsscheine, Zuweisungen) dienen. Sie werden in den sozialistischen Staaten aber im Bereich der Produktionsgüter nicht nur zur Bewälti-

gung einer Übernachfrage, sondern auch als normale Planungsinstrumente zur Verteilung der Produktionsmittel angewandt; gleichzeitig sind sie aber auch die klassischen Instrumente der gütermäßigen Bekämpfung von Marktungleichgewichten. Die Konsumgütermärkte werden heute ohne Bezugsscheinsysteme koordiniert; eine Übernachfrage reguliert sich durch Warteschlangen, unbefriedigte Nachfrage oder dezentrale Rationierungen. Sie sind bei nicht geplanter Nachfrage, bei geplantem Angebot und festgesetzten Preisen das Kennzeichen für eine inflationäre Lücke. Es wird im Abschnitt III zu zeigen sein, wo die Ursachen für diese Disproportionen liegen und daß dabei nicht nur Übernachfrage, sondern auch Überangebot im Spiele ist.

In den sozialistischen Planwirtschaften sind inflationäre Prozesse sowohl durch Preisinflation als auch durch unbefriedigte Nachfrage bei geltenden Preisen gekennzeichnet. Demgegenüber sind die historisch bekannten Inflationen in westlichen Ländern entweder offen oder verdeckt aufgetreten⁴. Der sozialistische Fall der Inflation scheint dagegen eine typische Kombination beider Formen zu sein. Für beide Erscheinungen lassen sich teils mit Mühe in der Statistik, teils in vielen Äußerungen der Autoren aus sozialistischen Ländern Belege anführen.

Wenn es darum geht, in den Einrichtungen des sozialistischen Planungssystems die Gründe für inflationäre Erscheinungen aufzuspüren, so müssen solche Erscheinungen — wie sie herabwiegend genannt werden — gleichwohl gesamtwirtschaftlich relevant sein; sie dürfen nicht so gering sein, daß sie als Randerscheinung beiseite geschoben werden können oder gar unterhalb der sozialen Reizschwelle liegen. Auch dürften solche Phänomene nicht einmaliger oder sporadischer Natur sein. Inflation unterscheidet sich von der Teuerung gerade dadurch, daß ihre Verursachung die Grundlage der Perpetuierung in sich trägt. Diese tritt darin zutage, daß Preissteigerungen sich fortsetzen, sei es in Form eines Induktionskreises oder durch die Wirksamkeit derselben Ursache. Bei Erscheinungen der zurückgestauten Inflation muß sich das Warenloch ständig vergrößern, ein gleichbleibender Nachfrageüberhang würde nicht ausreichen. Dabei braucht es sich nicht unbedingt um einen akzelerierenden Inflationsprozeß zu handeln, es genügt schon, wenn die Quelle des „Markt“-Ungleichgewichtes ständig wirksam ist. Interessant ist das Phänomen gerade auch dann, wenn institutionell verankerte Gegenkräfte die Verbreitung verhindern.

Mit der Reduzierung des volkswirtschaftlichen Inflationsproblems auf inflationäre Prozesse wird bereits angedeutet, daß mikroökonomische

⁴ Jedoch treten auch bei offener Inflation mengenmäßige Effekte auf: Sortimentseinschränkungen, Lieferschwierigkeiten u. a. Bei der zurückgestauten Inflation wirken sich Preissteigerungen vor allem auf den schwarzen und grauen Märkten aus.

Vorgänge im Vordergrund der Analyse stehen werden, die durch Aggregation sich in gesamtwirtschaftlichen Erscheinungen verdichten können. Sie haben nicht nur eine monetäre Reflexion im Geld- und Kreditsystem (Abschnitt IV), sondern werden dort auch von spezifischen Einrichtungen des finanziellen Planungsbereichs gefördert oder eingedämmt. Im Abschnitt V werden schließlich die im Verteilungsprozeß liegenden Einrichtungen auf ihre Relevanz für inflationäre Impulse hin analysiert.

In dieser Arbeit wird das sowjetische Planungssystem darauf hin untersucht, wie weit reguläre Einrichtungen dieses Systems in kausaler Beziehung zu Inflationsphänomenen stehen. Der Terminus Einrichtungen bzw. Institutionen wird so verstanden, daß er alle durch Gesetz vorgesehenen und aus der Planungspraxis entstandenen organisatorischen Vorkehrungen umfaßt, welche die Funktionsweise der konkreten Planwirtschaften bestimmen. Es kann sich dabei um Institutionen im engeren Sinn, also um ein in bestimmter Weise organisiertes Wirtschaftssubjekt (z. B. der Kolchos), um konkrete Planungs-, Leitungs- und Koordinationsinstrumente (z. B. die Kennziffern) oder um ein Ensemble von Regelungen eines bestimmten Gegenstandes (z. B. das Vertragssystem) handeln. Das Zusammenwirken dieser Einrichtungen bildet die organisatorische Grundlage des gesamten Wirtschaftsmechanismus.

II. Preissteigerungen innerhalb des staatlichen Festpreissystems

1. Im Wirtschaftssystem des sowjetischen Sozialismus ist die Preisbildung nicht dem Markt oder den Betrieben überlassen, sondern administrative Verwaltungsorgane sollen die Preisbildungsfunktion des Marktes übernehmen, ohne ihn jedoch ausschließlich zu simulieren, d. h. sie sind als Planungsorgane berufen, eine aktive staatliche Preispolitik mit dem Ziele der Unterstützung der Planung zu betreiben (*Haffner* 1968, S. 104 - 160). Ein Festpreissystem schließt von vornherein Preissteigerungen aus, wenn sie nicht vom Staat selbst gewollt sind. Dies gilt um so mehr, als die sozialistischen Länder früher mehr als heute eine systematische Preissenkung als einen der Grundsätze der Preisbildung verkündeten. Wenn die staatlichen Organe der Preisbildung das Ziel der Stabilität oder sogar der Preissenkung verfolgen, wie können dann Preissteigerungen überhaupt vorkommen? Es sind drei Bereiche, in denen der Anspruch der staatlichen Preisfestsetzung entweder gewollt und von vornherein eingeplant oder wegen der Schwierigkeiten, die eine administrative, staatliche Preisbildung mit sich bringt, nicht realisiert wird.

a) Von der staatlichen Preisbildung ist von Anfang an der Teil der Preise, an denen sich der Staat nicht unmittelbar interessiert zeigt, ausgeschlossen. Dazu gehört vor allen Dingen der Kolchos- oder Bauernmarkt, auf dem die Kolchosniki und die Kolchosen über ihr Ablieferungssoll hinausgehende Ernteerträge zu freien Preisen anbieten können⁵. Die Preise der am Kolchosmarkt gehandelten Güter sind bei einer positiven Veränderungsrate ein Anzeichen für die Übernachfrage, die im staatlichen oder genossenschaftlichen Handel mengen- und qualitätsmäßig nicht befriedigt werden kann. Neben dem Kolchosmarkt gibt es einen in dem hier behandelten Zusammenhang weniger wichtigen privaten Markt für Altwaren, dessen Preise ebenfalls vom Staat nicht direkt kontrolliert werden. Wichtiger ist ein Markt — häufig als Parallelmarkt (*Simes* 1975, S. 42 - 52) bezeichnet —, auf dem fast alle Güter und Dienstleistungen angeboten werden, die in ähnlicher, häufig in schlechter Qualität und oft in unzureichender Menge auch im staatlichen Handel zur Verfügung stehen. Der Parallelmarkt dokumentiert das Unvermögen des staatlichen Handels- und Versorgungsapparates, die Bevölkerung ausreichend mit allen gewünschten Konsumgütern und die staatlichen Industriebetriebe mit den Produktionsmitteln, die sie zur Planerfüllung benötigen, ausreichend zu versorgen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die sogenannten Tolkatschi, Angestellte der Industriebetriebe, für die Beschaffung all jener Güter, die offiziell nicht erreichbar sind, zu sorgen haben. Insgesamt ist dieser Parallelmarkt ein Markt, demgegenüber „die sowjetischen Behörden grundsätzlich negativ eingestellt sind, mit dem sie aber leben müssen und den zu gebrauchen sie manchmal nicht zögern“ (*Simes* 1975, S. 51). Ist durch diese drei Formen von nicht staatlich regulierten Märkten der Anspruch des Staates, die Preise festzusetzen, von vornherein begrenzt, so bleibt doch die Gesamtheit der von der staatlichen Wirtschaft und die Mehrzahl der von den Kollektivwirtschaften hergestellten Güter der staatlichen Preisfestsetzung überlassen. Es ist die überwiegende Mehrzahl der Preise, zu denen das Sozialprodukt berechnet und realisiert wird.

b) Der Preisbildungsanspruch des Staates bezieht sich praktisch auf alle Güter, die in einer modernen Industriewirtschaft hergestellt werden. Welchen Umfang diese Aufgabe annimmt, ist daraus ersichtlich, daß in der Preisreform von 1967 in der Sowjetunion die staatlichen Organe allein im Produktionsmittelsektor rd. 10 Millionen Preise in ca. 800 Preislisten festgesetzt haben (*Gusarov* 1969, S. 44) und dazu,

⁵ Vgl. *Levin* (1973), S. 44 und 127 - 134. Der Kolchosmarkt hat nicht nur die Funktion, den Bauern in Verbindung mit dem privaten Hofland eine Möglichkeit beschränkter privatwirtschaftlicher Tätigkeit zu geben, die ihr im ganzen relativ niedriges Einkommensniveau anhebt, sondern auch die Bevölkerung mit besonders schwer planbaren Agrarprodukten zusätzlich zu versorgen.

wenn man die Zeit vom ersten Beschluß der Preisreform bis zur Verwirklichung zusammennimmt⁶, sieben Jahre Vorbereitungszeit gebraucht haben. Dabei sind weder Konsumgüterpreise im Groß- noch im Einzelhandel noch landwirtschaftliche Preise festgelegt worden. Es mag der Eindruck entstehen, daß der Staat diese Preisbildungsfrage wenigstens formal bewältigt. In Wirklichkeit ist jedoch mit der Festsetzung einer großen Zahl von Preisen keineswegs gesichert, daß für jedes einzelne Gut, bestimmt durch seine konkreten Gebrauchswerteigenschaften, zentrale Preise bestimmt werden. Denn die theoretisch korrekte Erfüllung des Preisbildungsanspruches würde bedeuten, daß der Staat nicht nur für einzelne Güterkategorien und Gütergruppen, wie z. B. Bekleidung, Schuhe, Automobile, sondern für jedes homogene Gut, das sich nach Qualität und Sortiment von den anderen Gütern, die u. U. dem gleichen Bedarf dienen, unterscheidet, Preise bildet. Unter diesem Gesichtspunkt ist die genannte Zahl von staatlich festgesetzten Preisen zu gering. Der staatliche Preisbildungsanspruch im theoretischen Sinn kann nicht erfüllt werden, d. h. die Gesamtheit der staatlich festgesetzten Preise enthalten nicht alle Einzelpreise für alle getauschten Güter und Dienstleistungen. Die staatlichen Festpreise bilden nur ein mehr oder minder grobmaschiges Netz, in dem für Sortiments- und Qualitätsunterschiede Lücken bestehen, die auf andere Weise ausgefüllt werden.

c) Die dritte Einschränkung der Geschlossenheit der staatlichen Preisbildung besteht in der Dynamik der dem fixierten Preisbildungssystem zugrunde liegenden Güterwelt. Durch die Entwicklung neuer Produkte, durch Veränderung alter Produkte und durch Verknappung und Entknappung vorhandener Produkte müssen Preise laufend neu festgesetzt werden. Diese Notwendigkeit erhöht nochmals die administrativen Schwierigkeiten und führt zur Entwicklung von Preisbildungsmechanismen außerhalb der zentralen Preisfestsetzung.

2. *Dezentrale Preisbildungsformen:* Die Preisbildung durch den Staat muß, wenn sie den Ansprüchen an Rationalität und Konsistenz des Systems entsprechen will, komplett sein und von einer Zentrale aus erfolgen. Deshalb ist die Geschichte sozialistischer Preisbildung gekennzeichnet durch eine sehr starke Zentralisierung der Preisbildungskompetenzen. Angesichts der oben dargestellten Probleme, insbesondere der Notwendigkeit einer größeren Elastizität, und der de-facto-Durchlöcherung der staatlichen Preisbildung ergibt gerade die Lockerung der Zentralisierung eine erste Möglichkeit, staatliche Preisbildung beizubeh-

⁶ 1960 war die Reform beschlossen worden, 1965 erfolgte eine Umorientierung der zugrundeliegenden Konzeption, 1967 wurden die neuen Preislisten eingeführt und damit die alten, die im wesentlichen aus dem Jahre 1955 stammten, ersetzt. *Haffner* (1968 b), S. 204.

halten, indem man anderen und untergeordneten Organen, Ministerien, lokalen Behörden oder dem organisatorischen Unterbau der Preisbildungsbehörde Befugnisse zubilligt, Preise für Güter festzusetzen, für die das zentrale Preisamt selbst nicht Preise bilden will oder kann. Auch die Betriebe werden bei der Dezentralisierung in die Preisbildung einbezogen, wobei, selbst wenn man den Betrieb als Staatsbetrieb versteht, die eigentliche staatliche Preisbildung aufgegeben wird. Eine solche Dezentralisierung der Preisbildung im grobmaschigen Netz des staatlichen Preissystems schafft die Möglichkeit, nicht nur im Sinne und nach dem Interesse der Zentrale Preise zu bilden, sondern auch einen eigenständigen, interessegebundenen Einfluß auf die Preisbildung auszuüben. Um die Einheitlichkeit der Preisbildung zu sichern und jenen Einflüssen entgegenzuwirken, muß die Dezentralisierung der Preisbildung durch Einrichtungen ergänzt werden, welche eine Koordination zwischen der zentralen und dezentralen Preisbildung intendieren.

a) *Kalkulationsrichtlinien und Preisnormative*: Durch zentral festgesetzte Richtlinien werden den Behörden und Betrieben, denen Preisbildungsbefugnisse zuerkannt sind, genaue Vorschriften über die Kalkulation der Preise gemacht. Ergänzt werden diese Preisbildungsregeln durch Kosten- und Gewinnnormative, die nicht nur das Verfahren und die Einzelposten der Preiskalkulation vorsehen, sondern auch feste Beträge oder Prozentsätze in die Preisbildung einbringen. Mit Kalkulationsrichtlinien und Normativen für Kosten und Gewinne soll der Einfluß dezentraler Preisbildungsorgane auf die Preisbildung ausgeschaltet werden. Dies ist jedoch nur in begrenztem Umfang möglich. Je mehr durch zentrale Vorschriften die Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftszweige und der einzelnen Erzeugnisse berücksichtigt werden, desto umfangreicher und komplizierter werden die Richtlinien und Normative. Vor allem aber können die wichtigsten Kosten ihrer Höhe nach nicht vorgeschrieben werden, sondern sie sind durch die Ausstattung des Betriebes gegeben und nur ihm bekannt. Unter diesen Voraussetzungen ist es den dezentralen Preisbildungsbehörden möglich, Preise festzulegen, die außerhalb der Intentionen der Zentrale liegen und den Betriebsinteressen entsprechen. Am wenigsten aber gilt dies für die sogenannte *Parameterpreisbildung*. Dabei werden die festzusetzenden Preise mittels Korrelationskoeffizienten an die Preise anderer, ähnlicher Produkte oder an bestimmte Kostenentwicklungen gebunden. Da mathematische Verfahren angewendet werden, scheint ein sehr geringer Spielraum für eine selbständige Preisbildung zu bestehen. Jedoch muß der Parameterpreisbildung die Festlegung von Vergleichselementen, Gebrauchswerteigenschaften, Koeffizienten usw. vorausgehen, die subjektiver Beurteilung und interessegebundener Interpretation unter-

liegen können. Auch bei der Methode der *Preisaufl- und -abschläge* nach Qualitätsmerkmalen ist eine gewisse Willkür, ja Mißbrauch nicht selten (vgl. *Vsesojuznoe soveščanie* 1969, S. 26).

b) *Betriebliche Preiseinflüsse*: Die größte Distanz von der zentralen Preisbildung scheint bei den sogenannten *Vereinbarungspreisen* vorzuliegen, bei denen nicht nur die Produzenten, sondern auch die Abnehmer ihre Vorstellungen in die Preisbildung einbringen können. Abgesehen davon, daß der Kreis der Produkte, für die dieses Verfahren zulässig ist — praktisch nur die Kategorie der Sonderanfertigung —, sehr beschränkt ist, ist unter der Voraussetzung eines Verkäufermarktes und bei zwingender Anwendung der Kalkulationsregeln der Einfluß der Käufer sehr gering. Einen größeren Einfluß hat der Produzent auf die Preise neuer Produkte⁷, die meist als *vorläufige Preise* einen Teil der Investitions- und erhöhten Anlaufkosten enthalten und später gesenkt werden sollen. Die Preisbildungsbehörden werden entweder nur informiert, oder im Wege eines Antragsbewilligungsverfahrens geben sie de facto nur eine formale Bestätigung. Es ist allgemein anerkannt, daß dieses Kontrollverfahren sich nur auf die Formalien in der Preisbildung bezieht, kaum aber die Frage entscheiden kann, ob die Kosten tatsächlich gerechtfertigt sind. So bleiben diese Verfahren im administrativen Bereich stecken und können nicht sichern, daß die Interesseneinflüsse der unteren Organe und Betriebe ausgeschaltet werden. Daß dies von den Betrieben ausgenutzt wird, ist so häufig, daß man in der DDR von ungerechtfertigt hohen „Gewohnheitspreisen“ für neueste Produkte spricht (vgl. „Zur Vervollkommnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ 1974, S. 334; *Pešechonov* 1971, S. 103). Hier liegt eine der wichtigsten Quellen für offene Preissteigerungen im Rahmen des Festpreissystems, die sich in Preisindizes nicht niederschlagen. In der UdSSR werden jährlich rd. 500 000 Preise neu festgelegt (*Planovoe chozjajstvo* 2/1972, S. 120).

c) *Produktionsmanipulationen*: Angesichts der Diskussion über Monopolpreisbildung in marktwirtschaftlichen Ländern ist es ein Kuriosum zu sehen, wie auch in sozialistischen Ländern die Betriebe — weniger als Monopolisten am Markt denn als Betriebe, die in dem sehr engen Korsett der Staatspreisbildung stehen — die staatlichen Preise zu ihren Gunsten durch Sortimentsmanipulationen, durch Qualitätsverschlechterungen und Manipulationen der Maße und andere Produktvariationen verändern (vgl. *Izvestija* Nr. 228 vom 10. 12. 1968; *Šik* 1967, S. 332). Diese indirekten Preissteigerungen sind nicht durch die Planung selbst verursacht, sondern gehen, wie zu zeigen sein wird, auf eine Ursache

⁷ Heute gibt es in der UdSSR 40 ministeriell verordnete Zweigmethodiken zur Bildung von Preisen für neue Produkte. *Komin* (1974), S. 16.

zurück, die mit anderen Institutionen des Wirtschaftssystems zu erklären ist.

3. *Die Interessen der Betriebe:* Schon bei der Darstellung der dezentralen Preisbildungsmethoden wurde angedeutet, daß häufig Interesseneinflüsse auf die Preise ausgeübt werden, die nicht mit den Zielrichtungen der Zentrale der Preisbildung übereinstimmen. Gegenüber früher vertretenen Vorstellungen von der Interessenidentität der Betriebe und der Zentrale wird heute allgemein die Möglichkeit der partiellen Divergenz der Betriebsinteressen und der gesamtgesellschaftlichen Interessen theoretisch akzeptiert (vgl. *Abalkin* 1973, S. 107). Ist einer der früher stärker als heute betonten Grundsätze der Preisbildung die Kosten- und Preissenkung, so sind die Interessen der Betriebe auf möglichst hohe Preise für ihre Produkte gerichtet. Daran ist erstens die Planungsmethodik schuld: Da heute die Produktionsplanung überwiegend nicht mehr durch Naturalkennziffern, sondern durch quantitative Kennziffern erfolgt, die den Produktionsumfang in Werteinheiten ausdrücken, erleichtern höhere Preise die Planerfüllung. Dabei ist es relativ gleichgültig, ob die Kennziffer „Bruttoproduktion“ oder „abgesetzte Produktion“ als Planungsinstrument verwandt wird. In beiden Fällen hilft ein höherer Preis, die Pläne schneller und leichter zu erfüllen als ein niedriger Preis. Bei der heute meist angewandten Kennziffer der „abgesetzten Warenproduktion“ ist das Interesse an höheren Preisen lediglich dadurch beschränkt, daß der Absatz weniger leicht möglich ist, wenn kein Verkäufermarkt besteht.

Neben der Erfüllung von Produktionskennziffern ist den Betrieben zweitens nach dem Chozrasčëet-System auch zur Auflage gemacht, eine zweite Gruppe von Zielen zu erfüllen. Sie sollen bei der Verwirklichung der Produktionsziele nach dem wirtschaftlichen Prinzip verfahren⁸. Dies ist der allgemeinste Inhalt des Chorasčëet, des Systems der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben. Die Produktionsplanung wird damit zur Rahmenbedingung, innerhalb der ein qualitatives Ziel, die Wirtschaftlichkeit, verwirklicht werden soll. In der Produktion ist ein möglichst großer Erfolg mit den zur Verfügung gestellten Produktionsmitteln zu erzielen oder ein bestimmtes Ziel mit möglichst geringen Kosten zu erreichen. Die Reformen in den sozialistischen Planwirtschaften haben diesen Aspekt des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung noch verstärkt. Galt früher hauptsächlich die Kenn-

⁸ Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist eine „objektive ökonomische Kategorie der sozialistischen Produktionsverhältnisse oder besser das dem Sozialismus eigene System ökonomischer Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den Betrieben sowie zwischen den Bereichen, das auf die Erzielung größtmöglicher Effektivität der gesellschaftlichen Produktion mit geringstmöglichem Aufwand an Material und Arbeit gerichtet ist“. *Schließer* (1974), S. 348; i. O. nicht gesperrt — F. H.

ziffer „Kostensenkung“ als der Indikator für die Wirtschaftlichkeit der Produktion, so sind es heute überwiegend Kennziffern wie Gewinn und Rentabilität. Sie werden unmittelbar von der Höhe des Preises beeinflusst. Je mehr es dem Betrieb gelingt, im Rahmen seiner gewiß bescheidenen Preiseinwirkungsmöglichkeit höhere Preise durchzusetzen, desto leichter wird es ihm gelingen, seinen Gewinnplan zu erfüllen und überzuerfüllen. Da im Wirtschaftssystem des sowjetischen Sozialismus sowohl an quantitative als auch an qualitative Kennziffern das Prinzip materieller Interessiertheit in Form eines Leistungslohns und Prämien-systems geknüpft ist, ist — wenn die soziologischen und sozialpsychologischen Voraussetzungen gegeben sind — das Interesse an hohen Preisen für die produzierten Güter unmittelbar evident. Wenn heute die Ausschüttungen von Prämien an leitende Angestellte, Angestellte und an die Arbeiter aus Fonds bezahlt werden, die nach festen Normativen in Abhängigkeit von qualitativen und quantitativen Kennziffern aus dem Gewinn bezahlt werden, so liegt das Interesse der Betriebsleiter und abgeschwächt das Interesse der Belegschaft darin, auch über Preiserhöhungen ihre materielle Lage zu verbessern.

Demgegenüber ist das Interesse der Betriebe, möglichst geringe Kosten zu haben und einen Einfluß auf niedrige Preise der Rohstoffe und Produktionsmittel auszuüben, geringer. Die Gründe liegen darin, daß nach den Kalkulationsrichtlinien die Kosten erstens überwältigt werden können, ja bei bestimmten Preisbildungsformen die Höhe des Gewinnaufschlages auch von den Kosten abhängt, und daß zweitens bei der allgemeinen Knappheit der Produktionsmittel (Verkäufermarkt) der Einfluß auf die Preisbildung bei Vorprodukten gering ist. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich, daß das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, eine letztlich auf *Lenin* zurückgehende und durch *Stalin* in den 30er Jahren eingeführte Einrichtung, die Betriebe an möglichst hohen Preisen interessiert sein läßt.

Muß man den Betrieben aufgrund der genannten Planinstitutionen ein Interesse an hohen Preisen zuschreiben, so gilt dies nicht in gleicher Weise für Wirtschaftsverwaltungsbehörden, die an den Preisbildungen beteiligt sind. Wenn sie jedoch, wie die Produktions- und Industrievereinigungen und das eine oder andere Ministerium, auf wirtschaftliche Rechnungsführung übergeführt sind (vgl. *Neumann* 1974, S. 13 f.), werden sie ähnlich wie die Betriebe an ökonomischen Kennziffern gemessen und danach prämiert, so daß auch hier ein Interesse an höheren Preisen besteht. Reine Verwaltungsbehörden dagegen sind nicht unmittelbar an höheren Preisen interessiert, soweit nicht auch im Bereich der Naturalplanung über Wertkennziffern die administrative Planungsleistung gemessen wird. Wenn Lokalpatriotismus (*mestničestvo*) und Ressortgeist, die bekannten bürokratischen Abweichungen

von dem auf das volkswirtschaftliche Ganze gerichteten Zielsetzungen, auch heute noch eine gewisse Realität haben, müßten selbst die Verwaltungsbehörden die dort angesiedelten Preisbildungsbefugnisse nicht neutral, sondern eher im Sinne einer Preissteigerung ausüben. Sicher ist diese Intention auf dieser Ebene geringer als bei den Betrieben.

4. In gewissem Umfang kann eine Tendenz zu Preissteigerungen auch aus den *Theorien*, die der zentralen Preisbildung zugrunde gelegt werden, erklärt werden. Das Verfahren der Preisbildung in den sozialistischen Ländern kann man theoretisch dahingehend zusammenfassen, daß sie von einer allgemeinen Preistheorie ausgehen, der *Marxschen* Wertlehre, die sie im Wege der Deduktion den Bedingungen der Einzelpreisbildung annähern. Der Ausgangspunkt der Wertlehre bedeutet, daß die Preisbildung an dem langfristigen stationären Modell der Wertlehre orientiert ist. Für die praktische Anwendung folgt daraus eine starke Kostenorientiertheit der Preise, welche die nachfragebedingten Preisbildungsfaktoren erst in späteren Stufen der Preisbildung, also vor allem dort, wo dezentrale Preisbildungselemente wirksam werden, in den Preisbildungsprozeß mit relativ schwächerer Wirksamkeit einbringt. Folglich sind die Preise einseitig an den Produktionskosten orientiert und drücken zu wenig die Präferenzen der Nachfrage aus. Dieser Zusammenhang war der Grund dafür, daß man eine Preisfiguration, den sog. *Defizitpreis*, geschaffen hat, der als Ausnahme von der kostenorientierten Preisbildung in konkreten einzelnen Fällen eine an der Nachfrage orientierte Knappheitsbildung vorsieht. Der Zweck dieser Ausnahmeregelung ist es, den Betrieben besonders knappe Materialien auch über das *Chozrasčet*-System zur Sparsamkeit anzuempfehlen (vgl. *Ol'sevič* 1963, S. 92). Wenn man will, ist der partiell angewandte Defizitpreis auch ein Beweis dafür, daß die Betriebe auf Preise sensibel reagieren und ein Interesse an der Preisbildung haben.

Bis vor wenigen Jahren hatten die Preise neben der Schlagseite zu den Kosten auf Grund der Ausrichtung an der *Marxschen* Wertlehre auch die Eigenart, arbeitsintensive Produkte höher als kapitalintensive zu bewerten. Mit der Einführung des *Marxschen* Produktionspreises als grundlegendem Preistyp in fast allen sozialistischen Ländern — in der DDR ist die Umstellung noch nicht abgeschlossen — ist diese Einseitigkeit auf der höchsten Ebene der Preisbildung, in den Zweigen, beseitigt, bleibt aber in der Mikrostruktur der Preise erhalten, weil der Kapitaleinsatz für einzelne Produkte kaum berechnet werden kann. Außerdem sind in der Sowjetunion auch die Lohnfonds bei der Berechnung der Basis für den Gewinnaufschlag nicht berücksichtigt.

Dagegen ist die Einseitigkeit der Preisbildung, die durch die Anwendung des Durchschnittskostenprinzips gegeben ist, voll erhalten geblieben.

ben. Es bewirkt, daß die Preisrelationen gemessen am Grenzkostenprinzip soweit verzerrt sind, daß der Abstand zwischen den Durchschnittskosten zuzüglich Gewinnaufschlag und den Grenzkosten bei einzelnen Waren verschieden ist. Bei großer Kostenstreuung (z. B. im Bergbau) wirkt das auf zu niedrige Preise hin.

Alle drei genannten theoretischen Preisbildungselemente, die Schlagseite zu den Kosten, die noch immer vorhandene, wenn auch verringerte Vernachlässigung des Kapitaleinsatzes als Kostenfaktor und das Durchschnittskostenprinzip wirken in die gleiche Richtung: Ein Teil der Preise wird auf Grund der objektiven Gegebenheiten für zu niedrig gehalten. (Der andere Teil natürlich für zu hoch.) Wenn die Kräfte, welche an Preissteigerungen interessiert sind, in der Wirtschaft überwiegen, finden sie für Preissteigerungen bei der erstgenannten Gruppe eine gesamtwirtschaftliche begründete Argumentation.

5. *Kontrolle der Preissteigerungen*: Die zuletzt genannte Ursache für Preissteigerungen deutet darauf hin, daß es eine Reihe berechtigter, nicht inflationärer Ursachen für Preissteigerungen gibt. Die Überwindung der Starrheit eines Festpreissystems und der Versuch, elastische Preisbildungsverfahren einzubauen, schaffen die Voraussetzungen, daß sich gleichzeitig auch inflationäre Prozesse durchsetzen können. Eine Reihe von Preisbildungseinrichtungen wirkt in entgegengesetzter Richtung, also auf die Konstanz der Preise und auf Preissenkung hin.

Die *Preisrevisionen*: Früher wurden in größeren zeitlichen Abständen sämtliche Preise bestimmter volkswirtschaftlicher Sektoren einer allgemeinen Neuordnung unterzogen. Heute werden meist in kürzeren Abständen die Preise in einzelnen Wirtschaftszweigen oder Gruppen von Wirtschaftszweigen revidiert (Belousov 1969, S. 4 f.). Dabei geht es um Anpassung an geänderte wirtschaftliche Verhältnisse (Kosten, Bedarf, neue Produkte usw.). Es kommt im einzelnen sowohl zu Preissteigerungen als auch zu Preissenkungen. Das Gesamtergebnis im Hinblick auf Niveauänderungen ist dabei durchaus offen, entscheidend ist, daß sowohl Grundsätze als auch Verfahren angewandt werden, die in beide Richtungen zielen. Die Anwendung von Preisverflechtungsmodellen sowie der Versuch, Verlustbetriebe auszuschalten, weisen auf preissteigende Tendenzen, die Kappung von zu hohen Gewinnraten in die andere Richtung.

Rezentralisierung der Preisbildungsbefugnisse: Wie in der Produktionsplanung können auch bei der Preisplanung die delegierten Preisbildungsrechte wieder zurückgenommen werden. Die härteste Rezentralisierung dieser Art fand 1971 statt, als gleichzeitig mit dem Preisstop in der DDR nur bestimmte Ministerien beauftragt wurden, Preise zu ändern. Mag dies auch nur formal von Bedeutung gewesen sein, so

liegt doch eine deutliche Schwächung der dezentralen Preisbildungsbefugnisse vor.

Preisstop: Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß es in sozialistischen Ländern Preisauftriebstendenzen gibt, so kann er in der Anwendung des Preisstops in der DDR im Jahre 1971 gesehen werden (Neues Deutschland v. 10. 11. 1971). Ähnlich hatte Polen zuvor im Januar einen Preisstop für alle wichtigen Lebensmittel eingeführt. Der Preisstop ist zwar keine systeminkonforme Maßnahme, aber er ist angesichts eines staatlich dominierten Preissystems ungewöhnlich. Es muß auch angesichts der Verborgenheit der Preissteigerungstendenzen in Frage gestellt werden, ob er wirkungsvoll ist.

Preisdisziplin: Die Durchsetzung der staatlichen Preispolitik hängt entscheidend von der Preisdisziplin ab, die zu einem in verschiedenen Gesetzesakten verankerten Instrument gemacht wurde. Sie reicht von der Kontrolle der Preise und Preisbildungsverfahren bis zur Anwendung von Geldstrafen und anderen Sanktionen sowie deren Veröffentlichung.

Preisindexplanung: Ein interessantes Verfahren der Planung der Preisstabilität wurde in den letzten Jahren entwickelt (Belousov 1969, S. 201 ff.). Durch die Zentrale sollen für die Zukunft weniger Einzelpreise festgelegt als vielmehr die Entwicklung der Branchen- bzw. Erzeugnisgruppenpreise in Form von Indexveränderungen geplant werden. Die Einzelpreisbildung könnte dann weitgehend den unteren Behörden und den Betrieben überlassen bleiben. Aber bekanntlich sind Indices kein geeignetes Mittel, Preissteigerungen zu verhindern, wenn nicht wirklich alle Erzeugnisse und vor allem die neuen Produkte einbezogen werden können.

Dieser Überblick über antiinflationäre Planpreisverfahren ist nicht vollständig, aber er umfaßt neben dem Festpreissystem selbst die wichtigsten wirtschaftspolitischen Hilfsmittel gegen inflationäre Preisbewegungen. Wenn trotzdem Preissteigerungen auftreten, so ist dies der Grobmaschigkeit des Festpreissystems, der Verstärkung dezentraler Preisbildungsmethoden und der institutionell bedingten Interessiertheit der Betriebe an höheren Preisen zuzuschreiben, die sich angesichts der Verkäufermärkte leichter durchsetzen können als Preissenkungen. Dabei ist bisher unkritisch unterstellt worden, daß die Nachfrage liquide und das Geldsystem anpassungsfähig ist.

III. Güterwirtschaftliche Disproportionen als Ursache inflationärer Prozesse

Bisher waren Preissteigerungen als Ausdruck der inflationären Lücke daraufhin untersucht worden, worin die institutionellen Ursachen für ihre Entstehung im Rahmen eines Festpreissystems liegen; im folgenden sollen die güterwirtschaftlichen Ursachen für eine zurückgestaute Inflation ins Auge gefaßt werden. Auch hier tritt die Schwierigkeit auf, daß man entweder der Planungsinstanz inflationäre Zielsetzungen unterstellen muß — was aus dieser Untersuchung ausgeschlossen wurde — oder daß man den Nachweis führen muß, daß die ex-ante-Planung zwar Stabilität beabsichtigt, aber nicht erreichen kann. Diese Fragestellung ist um so prekärer, als sie die Wirksamkeit der Planung selbst in Frage zu stellen scheint.

Die gesamtwirtschaftliche Abstimmung von Produktion und Verbrauch erfolgt im Produktionsgüterbereich mit Hilfe der Materialbilanzen bzw. durch die Verflechtungsbilanzen, die theoretisch letztlich für alle Güter, praktisch nur für alle Gütergruppen nach Aufkommen und Verwendung ein Gleichgewicht herstellen sollen. Über den hierarchisch organisierten Wirtschaftsverwaltungsapparat werden aus diesen Bilanzen die Planaufgaben (Produktion, Bezüge und Lieferungen u. a.) für die einzelnen Betriebe, Kombinate und Vereinigungen abgeleitet, so daß in Erfüllung der Einzelpläne das gesamte naturalwirtschaftliche Gleichgewicht erfüllt wird. Selbst dort, wo im Grunde Naturalplanung vorliegt, aber in Geldgrößen geplant wird, erfüllt der Preis nach der Konzeption der Planung lediglich die Funktion eines neutralen numéraire im Sinne der Aggregationsfunktion der Preise⁹. Etwas anders gelagert ist die Situation im Bereich der Konsumgüterplanung: Hier wird im wesentlichen der Warenfonds dem Kauffonds der Bevölkerung gegenübergestellt, wobei dieser aus der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung entnommen wird. Im Unterschied zu den Bilanzen im Produktionsbereich, die beidseitig der zentralen Planung unterliegen, ist die Größe des Kauffonds und seine Struktur bei freier Einkommensverwendung und Konsumwahl nur schätzbar, nicht aber vorherzubestimmen. Die makroökonomische Analyse des Planungssystems im Hinblick auf inflationäre Effekte wird im folgenden Abschnitt unternommen; hier sollen die Güterseite und der güterwirtschaftliche Mechanismus der Verwirklichung des Plangleichgewichts untersucht werden. Dabei handelt es sich um strukturelle

⁹ Erst allmählich hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Preise neben der Aggregationsfunktion, die einen Teil der Meßfunktion darstellt, auch die Stimulierungs- und Umverteilungsfunktion erfüllen. Dadurch wird die Inaktivität der Preise, soweit sie im naturalen Planungsbereich angewandt werden, in Frage gestellt. Vgl. *Schließer* (1975), S. 49.

Probleme der Güterplanung, die sich auf mikroökonomischer und intermediärer Ebene abspielen. Sie gipfeln in der Behauptung, daß die oben skizzierte Bilanziertheit aus Gründen, die im System selbst liegen, nicht erreicht wird und daß daraus inflationäre Impulse erwachsen.

1. *Fehlplanung*: Es soll zuerst ein Grundproblem der Planung skizziert werden, das nicht als Einrichtung im obengenannten Sinne bezeichnet werden kann; es ist philosophischer Natur, hat aber einen realwirtschaftlichen Hintergrund und weitreichende wirtschaftspolitische Folgen. Es war und ist Gegenstand politökonomischen Streits (vgl. Valovoj und Lapšina 1972, S. 112 ff.). Es handelt sich dabei darum, ob die Planung, die unter den Bedingungen des Sozialismus eine objektive Notwendigkeit darstellt und als solche auf die totale ex-ante-Koordination der Wirtschaft angelegt ist, schon per se auch die Verwirklichung dieser Koordination ist. Neigte man früher dazu, dies zu behaupten, so wird heute die Möglichkeit der Divergenz gesehen, d. h. die gesetzmäßig objektive Notwendigkeit der Planung schließt nicht aus, daß in der Wirklichkeit die Planung aus verschiedenen Ursachen (z. B. wegen subjektiven Unvermögens der Planer oder wegen des unvollkommenen Wissenschaftsstandes der Planung) mißlingt. Planung schließt also nicht aus, daß falsch geplant wurde, daß die Wirklichkeit nicht so gestaltet wird, wie die Planer es vorsahen.

Wenn diese Möglichkeit akzeptiert wird, so gibt es verschiedene Gründe für Fehlplanungen: unrealistische Planaufstellung, unvollkommene Planübermittlung und -durchführung sowie autonome, nicht vorhersehbare Entwicklungen. Die Ursachen für Fehlplanung lassen sich dahin konkretisieren, daß bei der Realisation einzelner Güter das zu Planpreisen vorgelegte tatsächliche Angebot nicht mit der tatsächlichen Nachfrage übereinstimmt, also Übernachfrage oder Überangebot auftreten. Das Nebeneinander beider Erscheinungen ist aus den unterschiedlichen Fehlursachen und Aggregationsergebnissen gleichermaßen möglich; ihre Relevanz für inflationäre Elemente ist zu prüfen, nachdem eine weitere Ursache für die genannten Disproportionen aufgezeigt worden ist, die zutreffender als Einrichtung bezeichnet werden kann als die hier dargestellte Möglichkeit der Fehlplanung.

2. *Produktionsentscheidungen der Betriebe*: Es war eine unzulässige Vereinfachung im vorhergehenden Abschnitt, die Planung so zu behandeln, als wäre sie auf die Produktion jeder einzelnen Ware im ökonomischen Sinne gerichtet, also auch auf die Mengen der einzelnen Sortiments- und Qualitätspositionen im Produktionsprogramm. Die Verwirklichung dieser Vorstellung würde eine totale Planung intendieren, die den Betrieben für die Produktion jeder Warenposition (ebenso für alle anderen Aktivitäten des Betriebes) genaue Mengenaufgaben

erteilen würde. Tatsächlich hat keine der bisher verfolgten Planungsmethoden im Bereich der Produktionsplanung dies technisch erreichen können. Weder die naturalen Kennziffern (in Gewichts-, Stück- oder bedingt naturalen¹⁰ Einheiten) noch die im Wertausdruck festgelegten Produktionssolls haben eine solche Dichte des Produktionsplans erreicht, selbst wenn immer eine grobe Sortimentsplanung (in Form von Sortimentskennziffern oder als Staatsplanpositionen) üblich war. Auch in diesem Fall besteht im Rahmen der Sortimentsgruppe ein Entscheidungsspielraum der Betriebe (*Al'ter* und *Braginskij* 1970, S. 111). Er besteht daneben nicht nur in der technischen Organisation der Produktion, sondern auch in gewissem Umfang in zeitlicher Disposition (Produktionsrhythmus) und in einer Reihe von anderen Fragen, die in diesem Zusammenhang ohne Belang sind. Dieser selbständige Einfluß der Betriebe auf die Produktion ergibt sich theoretisch aus der Unmöglichkeit der Realisation der totalen Planung, er ist praktisch einsichtig aus der in vielen Branchen absolut unübersehbaren Sortimentsvielfalt (z. B. Bekleidung, Maschinen, Pharmazeutika). Aber auch in weniger diversifizierten Wirtschaftszweigen, wie z. B. im Kohlebergbau, ist das Produkt Kohle, wenn man ihre verschiedenen Qualitätsmerkmale berücksichtigt, keineswegs einheitlich, auch in den verschiedenen Be- und Verarbeitungsverfahren liegt die Möglichkeit, differenzierte Kohlesorten zu produzieren, die auf unterschiedliche Nachfrage stoßen.

Nimmt man den betrieblichen Entscheidungsspielraum als gegeben an, sind das *Chozrasčet*-System und das Prinzip der materiellen Interessiertheit die Bestätigung dafür, daß die Betriebe nicht nur Produktionspläne zu erfüllen haben, sondern nach eigenen Interessen Einfluß auf die Produktion ausüben können, ja dies im Rahmen ihres Entscheidungsspielraumes sollen und müssen. Der *Chozrasčet* verpflichtet — wie oben dargestellt — die Betriebe, bei der Erfüllung der verschiedenen Planaufgaben auch qualitative Kennziffern zu erreichen, die grundsätzlich Gewinncharakter haben.

Der Betrieb wird deshalb die Sortimente produzieren, die die Erfüllung der prämierelevanten Kennziffern sichern¹¹. In diesen Lösungszusammenhang geht nicht unmittelbar die Nachfrage ein; in den Preisen, die administrativ vorgegeben sind, kommt sie, wie dargestellt, nur ungenügend zum Ausdruck. Dieser institutionalisierte Lösungszusammenhang

¹⁰ Gemeint sind übergreifende technische Einheiten wie SKE für Brennstoffe, Nährgehaltziffern für Futtermittel, Kalorien für Nahrungsmittel, 4-achsige Waggonen für den Waggonbau u. a. Vgl. *Petrakov* (1975), S. 8.

¹¹ Die in Theorie und Praxis übliche Unterscheidung zwischen sogenannten gewinnbringenden und deshalb bevorzugt produzierten Waren und sogenannten nicht gewinnbringenden, die vernachlässigt werden und knapp sind, macht deutlich, daß es sich nicht nur um theoretische Überlegungen, sondern um reale Phänomene handelt. Vgl. z. B. *Sitnin* (1968), S. 32.

menhang zwischen Planlücken, Chozrasčet und dem Prinzip der materiellen Interessiertheit bewirkt systematisch und immer von neuem Disproportionen zwischen Produktion und Bedarf im Sinne von Übernachfrage oder Überangebot. Er stellt — entgegen häufigen Darstellungen — keine Fehlplanung im eigentlichen Sinne dar, sondern ist die „freie“ Entscheidung der Betriebe in dem Entscheidungsspielraum, der durch die beiden obengenannten Planeinrichtungen institutionalisiert und durch Plankennziffern, Planpreise und die gesetzlichen Regelungen begrenzt und gesteuert wird.

3. *Die inflationären Effekte der gütermäßigen Disproportionen:* Die in Übernachfrage und Überangebot zum Ausdruck kommenden Disproportionen lassen sich also unbefriedigte Überschußnachfrage, als Warenlücke, bzw. als unverkäufliche Lager, ungewollte Lagerinvestitionen identifizieren. Im Ergebnis stehen der unbefriedigten Nachfrage bei der einen Gruppe von Gütern ein unverkäuflicher Lagerbestand bei einer anderen Gruppe von Gütern gegenüber. Die Übernachfrage stellt eine inflatorische Lücke dar, die bei freier Marktpreisbildung zu Preissteigerungen führen würde, hier aber die Form der zurückgestauten Inflation — zunächst als partielles Phänomen betrachtet — annimmt. Demgegenüber wird unverkäuflichen Lagerbeständen in der Regel auch in Planwirtschaften eine deflatorische Wirkung zugeschrieben (*Oyrzanowski* 1962, S. 334; *Schwarz* 1974, S. 123). Beide Erscheinungen sollen getrennt untersucht werden, ehe ihr gleichzeitiges Auftreten behandelt wird.

a) *Unbefriedigte Nachfrage* zu geltenden Preisen stellt eine inflationäre Erscheinung im Sinne der zurückgestauten Inflation dar, wenn die Preise nicht steigen dürfen und Nachfrage nicht befriedigt wird, weil Güter fehlen. Um die Größe des inflationären Effekts zu erfassen, genügt es nicht, die Differenz zwischen Nachfrage und tatsächlichem Angebot zu Planpreisen als inflationäre Lücke festzuhalten. Der monetäre Effekt ergibt sich allein aus der Differenz der beabsichtigten Ausgaben der Konsumenten, die sich bei bestimmten Preiserwartungen in einer erwarteten Budgetgleichung der Haushalte niederschlagen, und ihren tatsächlichen Ausgaben. Dies bedeutet je nach Höhe der erwarteten Preise und der dazu beabsichtigten Nachfrage, daß die inflationäre Überliquidität größer oder kleiner als die inflationäre Lücke sein kann.

Hält man angesichts des konkreten Konsumentenverhaltens eine erwartete Budgetgleichung für unrealistisch, insbesondere auch deshalb, weil von den Planpreisen abweichende Preiserwartungen unwahrscheinlich sind, so kann die Budgetgleichung doch als die Ausgabenseite der geschätzten Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben interpretiert werden, die der Produktionsplanung zugrundegelegt wird. Stimmt sie nicht mit dem wirklichen Verhalten überein, ist die Überliquidität

ebenfalls größer als das Ungleichgewicht am Markt. In Höhe dieser Lücke sind in anderen Zweigen Güter produziert worden, die ihrerseits keine Nachfrage vorfinden. Wendet sich die Übernachfrage anderen Waren zu, so kann entweder eine Übernachfrage verstärkt werden bzw. erst entstehen, wenn bisher Marktgleichgewicht herrschte. Gab es auf Einzelmärkten unverkäufliche Lager, so können diese abgebaut werden. Auch eine Hortung oder Erhöhung des Sparens wegen Güterfrustration ist denkbar.

b) Sind *unverkäufliche Lager* — das Gegenstück zu unbefriedigter Nachfrage — auch das Gegenteil von Inflation, Anzeichen für deflationische Effekte? Dies trifft sicher insoweit zu, als die auf Lager liegenden Waren — ebenso übrigens die aus Versorgungsgründen gehaltenen Rohstofflager — nicht einer produktiven oder auch nur konsumtiven Verwendung zugeführt werden. Soweit die Nachfrage betroffen ist, entsteht keine Verschiebung der monetären Nachfrage; wenn jedoch die für diese Waren vorgesehenen oder der Planung zugrundegelegten Konsumausgaben größer waren als die Umsätze, die zum Planpreis getätigt werden, dann entsteht einzelwirtschaftlich in Höhe der Differenz eine frei werdende Nachfrage, die inflationär wirkt und in der gleichen Weise wie oben verwendet werden kann.

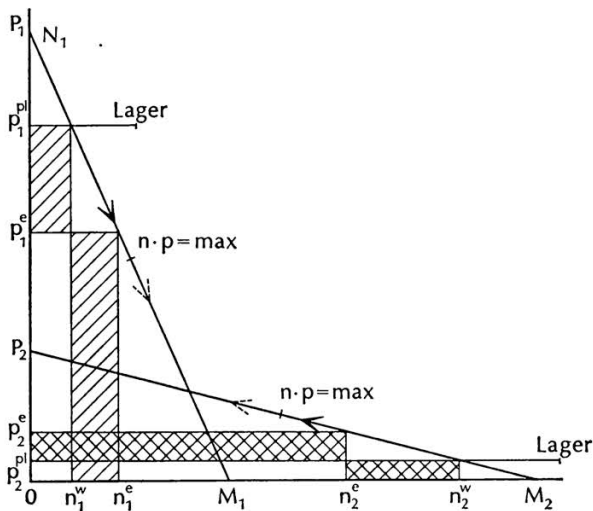
Bei einer gegebenen Nachfragekurve (N_1 bzw. N_2) kann der inflationäre Effekt infolge unverkäuflicher Lager nur auftreten, wenn die beabsichtigte oder geplante Nachfrage ($p_1^e \cdot n_1^e$ bzw. $p_2^e \cdot n_2^e$), in Geld ausgedrückt, größer war als die tatsächliche bei einem gegebenen Planpreis ($p_1^{pl} \cdot n_1^w$ bzw. $p_2^{pl} \cdot n_2^w$).

$$p_1^e \cdot n_1^e > p_1^{pl} \cdot n_1^w; p_2^e \cdot n_2^e > p_2^{pl} \cdot n_2^w$$

Damit eine solche Situation eintritt, muß entweder die Bevölkerung im Rahmen eines Festpreissystems Preisänderungen für bestimmte Waren erwarten und entsprechend höhere Ausgaben planen, oder die Planungsinstanzen haben die tatsächliche Nachfrage zu niedrig eingeschätzt. Letzteres ist nur möglich, wenn $p_1^{pl} \cdot n_1^w$ bzw. $p_2^{pl} \cdot n_2^w$ näher am Umsatzmaximum als $p_1^{pl} \cdot n_1^w$ bzw. $p_2^{pl} \cdot n_2^w$ liegen¹².

aa) Wenn der Planpreis relativ hoch ist (vgl. N_1) und die Nachfrage entsprechend gering ($p_1^{pl} \cdot n_1^w$), ist der Umsatz geringer als bei einem erwarteten niedrigen Preis p_1^e . Realistisch ist diese Situation insofern, als häufig teure Luxusgüter unverkäuflich sind, die nur zu einem niedrigen Preis eine Verkaufschance haben, die aber als solche bereits in den Bedarfskreis der Bevölkerung gerückt sind. Abgesehen davon, daß für

¹² Bekanntlich hat im Umsatzmaximum die direkte Preiselastizität der Nachfrage den Wert -1 ; bei linearen Nachfragekurven ist das genau dann der Fall, wenn die Achsenabschnitte halbiert sind.



solche Güter, zumal wenn es sich um absolut hohe Anschaffungswerte handelt (z. B. Auto), u. U. Ansparungen in das Haushaltsbudget eingeplant werden, tritt dann, wenn die Planpreise (p_1^{pl}) doch hoch bleiben, ein Liquiditätseffekt bei den Nachfragern auf.

bb) Wenn bei einem relativ niedrigen Preis p_2^{pl} (vgl. N_2) die Erwartungen hinsichtlich der Preissenkung zu wenig optimistisch waren (p_2^e), deshalb ein höherer Budgetposten eingeplant, als dann tatsächlich verausgabt wurde, entsteht ebenfalls eine Überschußliquidität, die zu Überschußnachfrage führen kann. Dieser Fall hat insoweit einen gewissen Realitätswert, als mit dem industriellen Wachstum Luxusgüter (z. B. Uhren) lange nicht, dann aber schnell in den Bereich des Massenbedarfs gelangten und dabei nicht nur für die Planer die Abschätzung des Bedarfs, sondern auch für die Konsumenten die Ausgabenplanung erschwert wurde.

Die Analyse hat ergeben, daß inflationäre Effekte auch im Fall von Lagerbildung infolge von Fehlplanung entstehen können, jedoch hängt die Höhe des inflationären Impulses dabei nicht von der Höhe des Lagers¹³, sondern von den Kaufabsichten der Nachfrager und der richtigen Einschätzung durch die Planinstanzen ab. Deshalb kann sich auch ohne Überschußnachfrage und Lagerbildung als Ausdruck gütermäßiger Disproportionen ein inflationärer Effekt bilden, wenn nur die erwartete

¹³ Die in diesem Sinne inflationär wirkende Lagerhaltung ist nicht mit den tatsächlichen Lagern identisch, die z. T. normale Lagerhaltung darstellen, auch nicht mit dem Wert der Lager, die die Lagerhaltungsnormative überschreiten, da diese, zumal in einer wachsenden Wirtschaft, zunehmen müssen.

ten und geplanten Ausgaben größer als die beim Planpreis realisierten sind. Dadurch wird als die letzte Ursache dieser Art von inflationären Einflüssen nicht nur die Fehlplanung, sondern auch die Fehlerwartungen der Nachfrager gelten müssen. Wegen der Möglichkeit der gegenseitigen (auch teilweisen) Kompensation der mikroökonomischen Einzeleffekte ist die aus den Disproportionen des Angebots und der Nachfrage resultierende Überschußnachfrage der Differenz zwischen beabsichtigten bzw. geschätzten Käufen und den auf Grund von Planpreis- und Planangebot tatsächlich getätigten Umsätzen gleich, wobei sich teils Lager, teils Übernachfrage, teils Markträumung ergeben können.

Bisher sind die inflationären Impulse auf der Grundlage von absoluten Größen dargestellt worden. Tatsächlich ist — wie bei der offenen Inflation nur die Preisänderung — so auch hier nur die *Änderung*, d. h. die Zunahme der Überschußnachfrage bzw. der Liquiditätssteigerung als Ausdruck für inflationäre Prozesse maßgeblich.

4. Grundlage der bisher angestellten Überlegung war die gütermäßige Disproportion zwischen der Nachfrage und dem Planangebot. Prinzipiell die gleiche Wirkung stellt sich ein, wenn nicht Disproportionen in der Güterstruktur, sondern in der räumlichen oder zeitlichen Verteilung angenommen werden. Gelingt es nicht, die Güter so zu verteilen, daß die angebotenen den nachgefragten Mengen entsprechen, entstehen örtliche Übernachfrage und Überangebote, die mit unbefriedigter Geldnachfrage verbunden sind. Diese regional auftretenden Geldüberschüsse sind eine Grundlage der sogenannten Geldmigration, der ungeplanten und unkontrollierten interregionalen Wanderung der kaufkräftigen Nachfrage (vgl. *Kopeškov* 1970, S. 74 f.), die das räumliche Problem der Liquidität darstellt. Eine entsprechende Analyse der zeitlichen Disproportionen führt auch hier zu güterwirtschaftlich begründeten temporären Liquiditätszunahmen¹⁴.

5. *Planinstrumente zur Behebung gütermäßiger Disproportionen*: Ungedekte Übernachfrage und unverkäufliche Lager sind Planstörungen und stellen Effizienzverluste dar. Deshalb sind eine Reihe von Planmechanismen entwickelt worden, welche das bestehende Ungleichgewicht beheben oder seine Entstehung überhaupt verhindern sollen. Zu der ersten Gruppe gehören vor allem die *laufenden Planänderungen*, welche die Planung dem neueren und besseren Informationsstand anpassen und die Fehler der Planausführung korrigieren sollen. Aber da sich die laufenden Planänderungen in der Regel nur auf Teile beziehen,

¹⁴ Bekannt ist besonders die *Šturmovščina* zum Monatsende, wenn aus Planerfüllungsgründen die Industrie den Handel beliefert und dort dann große Umsätze gemacht werden, während zum Monatsbeginn in den Geschäften große Ruhe herrscht. Vgl. *Orlov* (1975), S. 4.

rufen sie eine Inkonsistenz der Pläne und Schwierigkeiten in anderen Plantteilen hervor und verstärken die sowieso nicht vermeidbare Inkonsistenz der Pläne. Wirksamer ist der sich jedes Jahr wiederholende Planungsprozeß, der bestehende Ungleichgewichte immer von neuem zu beseitigen sucht. Auch *Preisänderungen* 1. als zentrale Aktion für Überschußgüter in den vergangenen 15 Jahren öfter in Form der sogenannten Uenki mit Publizität durchgeführt oder 2. als dezentrale Preissenkung von maximal 10 % durch die Handelsorganisation (Orlov 1975, S. 4) haben eine gewisse Elastizität in den Preismengenzusammenhang gebracht. Auch die Staatsbank ist beteiligt. Sie ist durch nichtplanmäßige Geldgänge und durch übermäßige Bargeld-Liquidität über gütermäßige Planverletzungen informiert und kann durch Vorschläge direkte Aktionen, z. B. durch Versendung von Überschußlagern und zusätzlichen Leistungsangeboten (z. B. Theater), zu Aktivitäten anregen, die dem Lagerabbau dienen. Selbst der Konsumentenkredit kann als Mittel interpretiert werden, das den Lagerabbau fördern und heute wie künftig (durch Kreditrückzahlung) Liquidität aufsaugen soll (vgl. Tiegel 1969, S. 51 ff.).

Die interessengebundenen Einflüsse der Betriebe auf Qualität und Sortiment, die als Quelle der Disproportionen besonders wichtig sind, können über die Plankorrekturen und Bankaktivitäten kaum behoben werden. Hier setzt ein Planmechanismus anderer Art ein, der von einer Organisation ausgeht, welche die Standardisierung der Produkte zu planen und zu überwachen hat. *Standardisierung* dient dabei nicht nur der technologischen Vereinfachung, sondern auch und insbesondere im Konsumgüterbereich der Qualitätssicherung. Verletzungen von Standards können mit Sanktionen belegt werden, welche die Betriebe in ihren Gewinninteressen treffen¹⁵.

Ähnlich wie die Maßhalteappelle zur Bekämpfung inflationärer Tendenzen in vorwiegend marktmäßig gesteuerten Volkswirtschaften hat der Sozialismus eine systemspezifische Form des *moral persuading* entwickelt, die an Lautstärke und Penetranz nicht unterlegen ist: In allen Massenmedien wird zu qualitativ hoher und rationeller Produktion angespornt. Das Ziel reicht jedoch über die Bekämpfung des — das sei hier nochmals erwähnt — sowieso nicht erstrangigen Inflationsproblems hinaus.

Wirksame Erfolge dürfte u. U. ein seit Jahren verfolgtes Reformziel erbringen: die Einschaltung der Verträge zwischen den Betrieben bei

¹⁵ Im Jahre 1973 wurden 1 788 Betriebe des Ministeriums der Leichtindustrie von der Kontrollabteilung von Gosstandart SSSR überprüft; bei 60 % der Betriebe wurden die Standards verletzt, und 709 Betriebe wurden mit wirtschaftlichen Sanktionen (z. B. Geldstrafen) belegt. Orlov (1975), S. 3.

der Bestimmung der Produktionsstruktur im Plan. Die Betriebe sollen ex ante detaillierte Verträge mit ihren Abnehmern abschließen, die dann in den Planungsprozeß übernommen werden. Dadurch könnte nicht nur die Planaufstellung realistischer werden, sondern auch die Plandurchführung durch die Androhung von Vertragsstrafen stimuliert werden. Es gibt jedoch eine Reihe von Hinweisen, daß bisher unter den Bedingungen eines Übergewichts der zentralen Planung, des Verkäufermarktes und der zu geringen Höhe der materiellen Stimuli (Strafe und Prämien) eine wirksame Mikrosteuerung noch nicht erreicht ist.

IV. Das Geld- und Kreditsystem als Bedingung inflationärer Erscheinungen

Sowohl bei der Untersuchung des Festpreissystems auf inflationistische Möglichkeiten als auch bei der Analyse der realen Disproportionen war vom Einfluß des Geldes abstrahiert worden. Wenn das Geld- und Kreditsystem einbezogen wird, so müssen vorweg einige grundlegende Unterschiede herausgestellt werden:

a) Die planmäßige Koordination der Volkswirtschaft vollzieht sich über im Grunde naturale Bilanzen, selbst wenn sie in Geld ausgedrückt werden. Die Geld- und Finanzplanung folgt der naturalen Planung und ist von ihr abgeleitet. Insofern ist die Interpretation des sozialistischen Wirtschaftssystems als Planungssystem über die naturale Lehre von der Zentralverwaltungswirtschaft zutreffend. Nur bei der Plandurchführung werden dem Geld bestimmte Funktionsleistungen zugeschrieben (*Hensel 1954, S. 186 ff.*).

b) Geld allein reicht normalerweise nicht aus, um Güter kaufen zu können, es muß die Planmäßigkeit der Käufe gegeben sein. Insofern ist es richtig, dem Geld nicht die Eigenschaft eines „bearer of options“¹⁶ zuzubilligen. Aber schon im Konsumgüterbereich ist die Planmäßigkeit, wie dargestellt, wegen der richtigen Einschätzung der Konsumentenwünsche durch die Planung fragwürdig. Der Konsument hat Wahlmöglichkeiten, wenn auch begrenzt durch das staatliche Angebot. Immer wenn die Verfügung über Geld mit Freiheitsspielraum verknüpft ist, entwickeln das Geld und die in Geld ausgedrückten Preise ihre im Grunde marktwirtschaftlichen Funktionen¹⁷. Soweit dies zutrifft, bestehen auch im Sozialismus Ware-Geld-Beziehungen¹⁸ mit allen markt-

¹⁶ Der Begriff wurde von *Wayne A. Leeman* eingeführt. Vgl. *Grossman*, (1968), S. 3.

¹⁷ Dabei ist die Rolle des Geldes als abstrakte Geldeinheit sehr viel stärker ausgeprägt als die Funktionen des konkreten Geldes, dessen Wertaufbewahrungsfunktion angesichts der wenigen finanziellen Vermögensobjekte äußerst beschränkt ist.

wirtschaftlichen Involvationen, so daß auf einer niedrigeren Abstraktionsebene die Interpretation der sozialistischen Planwirtschaften aus der Lehre von der Zentralverwaltungswirtschaft versagt. Auf diesem Hintergrund sind die Probleme der Finanzierung und die Bedingungen für inflationäre Prozesse zu untersuchen.

c) Dem Geld- und Kreditsystem liegt in der Staatsbank eine einheitliche Bankorganisation zugrunde, zu der auch die Baubank und die Sparkasse zählen. Die Staatsbank ist nicht selbständig; ihre Aufgaben umfassen zugleich die Funktionen einer Noten- und die Geschäfte einer Universalbank in einem systemspezifischen Zuschnitt.

d) Eine Geld- und Kreditpolitik im Sinne des klassischen Notenbankinstrumentariums gibt es nicht, die Staatsbank reguliert die Geldmenge und die Ausleihungen über spezifische Pläne.

1. *Die Durchlässigkeit der Bargeldumlaufplanung:* Zu den Einrichtungen des Geldsystems gehört, daß zwei streng voneinander getrennte Geldkreisläufe existieren, einer für Buchgeld, der andere für Bargeld. Obwohl in den letzten Jahren die bargeldlose Zahlung für gewisse, vor allem kommunale Dienste auch für die Bevölkerung möglich geworden ist und sogar propagiert wird, zirkuliert das Bargeld ausschließlich zwischen der Bevölkerung, den Handelsorganisationen und Sparkassen, die zur sofortigen Abführung an die Staatsbank verpflichtet sind. Die Betriebe erhalten Bargeld nur entsprechend ihrer Lohnfonds zur Auszahlung von Löhnen; andere Zahlungen dürfen sie (von minimalen Beträgen abgesehen) nicht bar, sondern nur unbar über die Konten bei der Staatsbank durchführen.

a) Der Bargeldumlauf wird durch den Kassenplan und den Plan der Geldeinnahmen und Geldausgaben der Bevölkerung geregelt. Enthält jener die gesamten Bargeldeinnahmen (insbesondere die Eingänge des Handelssystems) und -ausgaben (insbesondere Lohnzahlungen), so ist im Plan der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung nur die Einnahmenseite einigermaßen planbar, während die Ausgaben nach Höhe und Struktur eine unabhängige Variable sind. Nicht einmal die Gesamtsumme der Ausgaben kann angesichts der Möglichkeit des Hortens berechnet werden. Die bei den Sparkassen angelegten Ersparnisse können freies Sparen, Zwecksparen oder Sparen wegen Güterfrustration sein (vgl. *Firfarova* 1975, S. 68; *Keese* 1968, S. 142). Da die Auf-

¹⁸ „Die Gesetze und Kategorien der sozialistischen Warenproduktion durchdringen mehr oder weniger alle ökonomischen Prozesse. Sie sind Bestandteil des Gesamtsystems der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und mitbestimmend für das Wesen der sozialistischen Produktionsweise.“ *Ambrée, Bösche und Matho* (1970), S. 992.

lösung der Sparguthaben sich ebenfalls der Planung entzieht, entsteht auch auf der Einnahmenseite ein Unsicherheitsfaktor. Berücksichtigt man, daß der Kolchosmarkt und der Parallelmarkt unkontrollierte Umsätze und Einkommen entstehen lassen und daß ferner in der Landwirtschaft zwar die bargeldlose Zahlung heute schon weit vorangekommen ist, aber noch nicht alle Kolchosen und alle Zahlungsbereiche umfaßt, so wird die Übersicht über Geldeinnahmen und -ausgaben, selbst wenn die Lohnzahlungsfristen normiert sind, zu einer fragwürdigen Planungsgrundlage. Diese wird rückwirkend durch die oben dargestellten Angebotsdisproportionen noch verstärkt. Für den in Form der einfachen Quantitätsgleichung¹⁹ geplanten Bargeld-Konsumgüterbereich ist also wegen der Unvollständigkeit und Unsicherheit der zugrundeliegenden Materialien nicht sichergestellt, daß ein Gleichgewicht gewährleistet wird. Während auf der Einnahmenseite bei Vollbeschäftigung, staatlich fixierten Löhnen und Lohnfonds ein hohes Maß an Zuverlässigkeit bei der Auszahlung von Bargeld erreichbar ist, keineswegs aber immer realisiert wurde, ist der Rückfluß viel weniger gesichert. Über die Zeit hin sammelt sich ein im Grunde inflationäres Potential an, dessen Umfang zwar errechenbar, aber nicht steuerbar ist. Da auch die Privaten in den sozialistischen Ländern nur über sehr wenige Möglichkeiten der Liquiditätshaltung verfügen, praktisch nur über Sparkassenguthaben und den einheitlichen Typ von Staatsanleihen, und da es darüber hinaus eine monetäre Vermögenstruktur nicht gibt, ist die Labilität der Reserven sehr hoch. Die einzige Möglichkeit, das Reservoir flancierenden oder potentiell flancierenden Geldes trockenzulegen, ist eine in der Geschichte verschiedentlich nachweisbare Aktion des Geldumtausches nach Kriterien der Zulässigkeit der Geldbestände.

b) Die begrenzte Planbarkeit des Bargeldumlaufes birgt relativ geringe inflationäre Gefahren gegenüber dem im folgenden darzustellenden Zusammenhang zwischen der Planung und Finanzierung der Produktion einerseits und der Auszahlung von Konsumeinkommen, insbesondere von Löhnen, andererseits. Hier dürfte die Hauptquelle inflationärer Impulse liegen. Wenn die Gesamtsumme der geplanten Löhne verausgabt wird, aber im Konsumgüterbereich die Pläne nicht erfüllt oder so erfüllt werden, daß unverkäufliche Lager entstehen (vgl. *Konnik* 1968, S. 23), bildet sich, wie oben dargestellt, eine Überschubnachfrage. Der gleiche Sachverhalt im Produktionsmittelbereich führt nur über längere Zeit zur Verstärkung des Ungleichgewichts, da infolge der Fehl-

¹⁹ Es wird von der klassischen Quantitätsgleichung in der *Marx*schen Ausprägung ausgegangen und ihre theoretische Haltbarkeit mit den Besonderheiten des sozialistischen Geldsystems begründet (*Oyrzanowski* 1962, S. 340 f.). Jedoch wird unter den Bedingungen der Kassenplanung auch eine Interpretation und Entwicklung zur Einkommensgleichung vorgenommen (*Andres* 1973, S. 48).

planung auch die Investitionen im Konsumgüterbereich zurückbleiben. Besonders wichtig sind neben den sortimentsmäßigen Fehlplanungen in diesem Zusammenhang die Verlängerung der Bauzeiten (auch im Wohnungsbau) und die Fristüberschreitungen bei Investitionen.

An dieser Stelle ist auch — über den Rahmen dieser Arbeit hinausreichend — ein für die Entwicklungsstrategie der sozialistischen Staaten charakteristisches Konzept zu nennen: Die Theorie der vorrangigen Entwicklung der Produktionsabteilung I gegenüber II ist zwar mit einem Gleichgewicht am Konsumgütermarkt theoretisch vereinbar, wenn die Lohnfondszuwächse in beiden Bereichen nicht größer sind als der Produktionszuwachs in der Konsumgüterindustrie. Wenn aber, wie praktisch häufig der Fall, die Produktionsmittelindustrien besser mit Kapital, Rohstoffen und Arbeitskräften versorgt werden als die Leichtindustrien, dort deshalb Planübererfüllungen, hier eher Planuntererfüllungen eintreten, wird das Gleichgewicht verletzt, zumal dann, wenn auch noch planwidrige Lohnfondsüberschreitungen in größerem Umfang vorkommen. Auch die Regelung, daß Lohnfondserhöhungen unterproportional zur Steigerung der Arbeitsproduktivität erfolgen dürfen, führt in den Produktionsmittelindustrien zu dem gleichen Ergebnis (vgl. Koganov 1971, S. 168 ff.).

In einer anderen Einrichtung des Finanzsystems wird ebenfalls eine Quelle für ein inflationäres Marktungleichgewicht gesehen, wenn sie auch von geringerem Gewicht sein dürfte: Wird die Umsatzsteuer von den Betrieben oder Großhandelsorganisationen an die Staatskasse abgeführt, ehe die Waren wirklich verkauft sind, wird auch für unverkäufliche Waren Steuer gezahlt, die zu einer inflationär wirkenden Ausgabe des Staates im Konsumgüterbereich führen kann, zumal da der Staat nicht nur Löhne zahlt, sondern im Bereich der gesellschaftlichen Fonds und der Verwaltungsausgaben auch Konsumgüter nachfragt.

c) Die planerischen Methoden der Gegensteuerung zur Vermeidung einer Übernachfrage und eines Überangebots sind im Abschnitt III bereits aufgeführt. Eine Ergänzung ist hinsichtlich der Maßnahmen notwendig, welche die Steigerung des Sparens betreffen. Es soll nicht eigentlich der privaten Vermögensbildung dienen, sondern der Kanalisierung flanierender Geldmengen. Größte Bedeutung kommt der fristgerechten Planerfüllung im Produktionsmittelbereich, vor allem im Bauwesen, zu. Hier wurde eine organisatorische Zusammenfassung der Bauorganisationen und deren Finanzierung durchgeführt, um auf diese Weise die Bedingungen für eine raschere Vollendung der Bauten zu schaffen, die aber vor allem durch die diskontinuierliche Erfüllung der Lieferverpflichtungen behindert sein dürfte. Auch die 1969 begonnene Aktion, die Konsumgüterproduktion in denjenigen Betrieben zu för-

dern, die eigentlich Produktionsmittel herstellen, muß in diesem Zusammenhang gesehen werden.

2. *Die Liquidität der Betriebe:* In der folgenden Betrachtung soll das bisher aufgeschobene Problem der betrieblichen Liquidität als Voraussetzung inflationärer Impulse untersucht werden. Die institutionelle Bedingung dafür bietet die Finanzverfassung der Betriebe: Sie sind ausschließlich im Buchgeldkreis (mit Ausnahme der Auszahlung des Lohnfonds) tätig, zahlen und empfangen alle Zahlungen unbar. Sie sind konsequenterweise zur Abführung aller Bareingänge (z. B. im Handel) verpflichtet; sie unterhalten nur zu einer Bank Geschäftsbeziehungen. Außerdem sind ihre Eigenmittel soweit beschränkt, daß sie im Normalfall, d. h. zur Deckung der planmäßig notwendigen Umlaufmittel, etwa 40 % des Umlaufmittelbedarfes als Kredite erhalten. Außerdem können sie über Kredite der Staatsbank bei bestimmten vorgesehenen Anlässen und nach einem für den Einzelfall normierten Kreditsortiment verfügen; sie erhalten auch Kredite, wenn sie in Planschwierigkeiten geraten. Die Zinsen sind noch immer relativ niedrig, obwohl sie in den letzten Jahren auf 4-8 % angehoben wurden. Die höheren Zinsen gelten insbesondere bei Fristüberschreitung und bei Ausnützung von Krediten für Planwidrigkeiten. Habenzinsen werden nicht bezahlt.

Die Filiale der Staatsbank ist für den Betrieb der einzige Finanzpartner, der die Zahlungen abwickelt und Kredite gewährt²⁰. Der Kontostand wird also durch Zahlungseingänge und Kredite, die unmittelbar mit ihrer Inanspruchnahme die Giralgeldmenge erhöhen, bestimmt. Bei der Kreditausleihe ist die Bank erstens an die Kreditplanung der Staatsbank gebunden, die das verfügbare Kreditvolumen im wesentlichen auf Grund der zu erwartenden Einlagen kurzfristiger Art plant; eine Bilanzierung zusammen mit dem umlaufenden Giralgeld gegenüber den notwendigen Realumsätzen erfolgt jedoch nicht. Aber die Bank ist zweitens an die Planmäßigkeit der betrieblichen Zahlungsaufträge gebunden und darf Zahlungen leisten und empfangen sowie Kredite gewähren nur im Rahmen der Planmäßigkeit der zugrundeliegenden Realprozesse, die sie zu prüfen hat. Hier ist die offene Stelle, die trotz der Planmäßigkeit der Kreditierung praktisch für den Betrieb Kredite leicht zugänglich macht und damit eine im ganzen hohe betriebliche Liquidität schafft (vgl. *Garvy* 1966, S. 17).

Die Bereitwilligkeit der Bank, entgegen der strengen Kreditplanung Kredite zur Verfügung zu stellen, hat einen praktischen und einen theoretischen Grund. Die notwendige Beteiligung des Kredits an der Um-

²⁰ Die Kontenführung durch die Staatsbank, die festen Formen und Regeln des Zahlungsverkehrs und der Kreditvergabe, die von der Staatsbank beobachtet werden, führen dazu, daß 90 % der Betriebe überhaupt keine eigenen Finanzabteilungen haben (*Birman* 1975, S. 56).

laufmittelfinanzierung und die sonstigen planmäßig begründeten Anlässe für Kredite sind nur sehr schwer von ökonomisch ungerechtfertigten Kreditwünschen zu trennen. Die Bank stützt sich bei der Kreditvergabe nicht so sehr auf die Sicherheitsprüfung, da der Konkurs mit Zwangseintreibung als ultima ratio der Kreditrückzahlung sowieso ausgeschlossen ist, sondern auf die Planmäßigkeit des Kreditwunsches entsprechend den Betriebsplänen. Dies ist aber für die Bank nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich äußerst schwierig, so daß es dem Betrieb häufig nicht schwerfällt, die Berechtigung seines Kreditwunsches nachzuweisen. Die Zinsen sind relativ niedrig, die opportunity costs des Kredits sind aber in Form von Nichterfüllung der Pläne und deren Konsequenzen (Sanktionen, Prämienverlust) ungleich größer. Ein anderer, theoretischer Grund für die leichte Kreditpolitik der Banken liegt in der im Planungssystem sowohl theoretisch wie praktisch verankerten Vorrangigkeit der direkten Mengenplanung gegenüber der Finanzplanung. Wenn die Planung oder die Erfüllung der Pläne reale Prozesse vorschreiben, dürfen und können sie nicht aus finanziellen Gründen scheitern. Da jede Planwidrigkeit sich in Finanzengpässen ausdrückt, wird immer die Hoffnung gehegt, durch zusätzliche Kredite eine Lösung der Schwierigkeit zu erreichen. Selbst in diesen Fällen gilt praktisch: Die Kredite folgen den Plänen und den Notwendigkeiten der Planerfüllung. „Der Kredit stellt eine automatische Ergänzung der Geldfonds der Betriebe dar und schafft keine ökonomische Beschränkung der Mittelausgabe“ (*Fedorenko* 1973, S. 6).

Wenn diese Einschätzung nicht nur das Resultat der Wirklichkeitsanalyse ist, sondern darin auch ein verinnerlichter Planungsgrundsatz zum Ausdruck kommt, bedeutet eine solche Praxis, daß die Betriebe in einem bestimmten Bereich um die Planerfüllung herum praktisch unbeschränkt liquide sind, d. h. daß die Betriebe sich dauernd im Zustand der potentiellen Überkreditierung befinden. Ein sicherer Anhalt, daß dem so ist, kann darin gesehen werden, daß ein Finanzierungsproblem für die Betriebe praktisch nicht besteht und daß deshalb in der Dringlichkeit der betrieblichen Probleme die Finanzierung fast am Ende liegt²¹.

Auf diesem Hintergrund muß die Konsequenz von Planverstößen in der Produktion und bei der Sortimentsplanung, die zu Überschußnachfrage und zu unverkäuflichen Lagern führen, sowie die Folge der planwidrigen Verlängerung der Bauzeiten und der Nichterfüllung von Investitions- und Lieferfristen gesehen werden: Für die Existenz des Betriebes ernsthafte Finanzierungsengpässe werden nicht entstehen, wenn

²¹ Zum Betriebsleiter hat der „Finanzist“ hinter dem Leiter der Versorgungsabteilung, dem Bau- und dem Transportleiter sowie dem Produktionsleiter als letzter Zutritt (*Birman* 1973, S. 15).

auch auf andere Weise Schwierigkeiten zu erwarten sind. Die hohe Liquidität der Betriebe ist auch die Voraussetzung für eine andere Planwidrigkeit, die als eine geradezu systemnotwendige Erscheinung anzusehen ist: die hohen Lager an Rohstoffen und Halbfabrikaten, welche die Betriebe halten, um von Versorgungsengpässen bei der Planerfüllung unabhängig zu werden.

3. Die Ursachen dafür, daß die Überliquidität der Betriebe nicht in eine horrende offene oder zurückgestaute Inflation im Produktionsmittelbereich ausartet, sind die Gesamtheit der Planungseinrichtungen, insbesondere die direkte Produktionsplanung, das System der material-technischen Versorgung mit seinen Zuweisungen und Bezugsrechten sowie das Festpreissystem. Ferner wirkt die naturale Knappheit als Bremse für zu große Lager. Überdies würden die Aufgaben der Bank sehr einseitig dargestellt, wenn sie auf die Durchführung der Zahlungen und eine bereitwillige Kreditierung beschränkt würden. Die Bank hat beides auf Planmäßigkeit zu prüfen, sie ist deshalb nicht nur ein Finanzintermediär, sondern ebenso eine Planungs- und Plankontrollinstanz; neben der sicherlich beschränkt wirkungsvollen Anwendung von Sanktionen (Strafen, Sonderbedingungen und Inpflichtnahme der Betriebe) informiert und berät sie die den Betrieben übergeordneten Planungsinstanzen, die über direkte administrative, ökonomische und personelle Einwirkungsmöglichkeiten verfügen. Wenn alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten ständig zur Mobilisierung innerer Reserven, Erhöhung der Qualität und des Warenumschlages aufgefordert werden, so kommt, wie wirkungsvoll diese Aktionen auch immer sein mögen, darin die relative Knappheit der naturalen Ressourcen zum Ausdruck, die sich in der Finanzlage der Betriebe nur ungenügend widerspiegelt.

V. Formen der Einkommensverteilung als Quellen inflationärer Impulse

In einigen Institutionen des Planungssystems, die u. a. auch der Einkommensverteilung dienen, können mittelbar oder unmittelbar Ursachen für inflationäre Tendenzen gesehen werden. War bisher der volkswirtschaftliche Lohnfonds als wichtigste Einzelposition in die Bilanz der Geldeinnahmen der Bevölkerung eingegangen, so konnte er zusammen mit den Rentenfonds weitgehend als Grundlage der Planbarkeit der verfügbaren Geldmenge bei der Bevölkerung dienen. Daß es auch zu Lohnfondsüberschreitungen kommt, wurde erwähnt. Das Entlohnungssystem in der kollektivierten Landwirtschaft einerseits und die Prämien außerhalb des Lohnfonds andererseits sind aber nicht in gleicher Weise planabhängig.

1. *Die Entlohnung in den sozialistischen Genossenschaften* erfolgt nicht auf Grund staatlich geplanter Lohnfonds und staatlich festgelegter Lohnsätze wie in der Industrie, sondern wird nach Abzug der Steuern und betriebsnotwendigen Erweiterungen der Fonds der Kolchosen durch Ausschüttung des Nettoergebnisses durchgeführt. Auch die Fixierung eines Mindestlohns und die Auszahlung der monatlichen Vorschüsse hat daran nichts geändert, wenngleich dadurch eine gewisse Annäherung an die industriellen Formen der Entlohnung erfolgte. Neben natürlichen Faktoren, der Kapitalausstattung, Düngemittelversorgung u. a. sowie der persönlichen Leistung der Kolchosbauern hängt das verteilbare Nettoergebnis entscheidend von den Preisen ab, die der Staat für die landwirtschaftlichen Produkte bezahlt.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion beim Aufbau der Industrie ist entscheidend dadurch bestimmt worden, daß die staatlichen Aufkaufpreise auf einem so niedrigen Niveau festgelegt wurden, daß nur ein extrem niedriges Geldeinkommen der Kolchosbauern möglich war, dagegen eine hohe Rate der sozialistischen Akkumulation gesichert wurde. Oftmals kam es nur zu minimalen Geldausschüttungen; würde man den Industriearbeitern vergleichbare Löhne für die Kolchosbauern gezahlt haben, würde die Kostendeckung bis weit in die 60er Jahre noch geringer, als sie es ohnehin war, gewesen sein. Eine Einkommenspolitik, die egalitären sozialistischen Grundsätzen verpflichtet ist und den Unterschied zwischen Stadt und Land einebnen will, mußte laufend die landwirtschaftlichen Preise erhöhen. Dieser Zwang wurde dadurch verstärkt, daß bei im ganzen zu niedrigen Ernteerträgen eine Politik der Leistungsanreize durch Zubilligung von Preiszuschlägen bei überplanmäßigen Mengen und Qualitäten verfolgt wurde und noch betrieben wird. Wenn außerdem die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft nicht in gleichem Umfang wie in der Industrie möglich ist, müssen solche Preissteigerungen einerseits in das Preisgefüge der gesamten Wirtschaft in Form von Preisauftriebstendenzen durchschlagen, staatliche Subventionen erfordern oder unbefriedigte Nachfrage hervorbringen. Die erhöhten Einkommen in der Landwirtschaft steigern andererseits den Kauffonds der Bevölkerung, wenn dieser Zuwachs auch in die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben einkalkuliert werden kann. Eine Umverteilung zugunsten der Landwirtschaft schlägt sich deshalb vor allem in steigenden Preisen für agrarische Produkte nieder.

2. *Das Prämiensystem in der Industrie:* Mit der Verstärkung des Prinzips der materiellen Interessiertheit durch den Aufbau eines aus den Gewinnen gespeisten Prämiensystems ist die Planung des Kauffonds der Bevölkerung schwieriger geworden. Die Höhe der Prämienausschüttung kann unter diesen Bedingungen nicht mehr direkt geplant

und kontrolliert werden, sondern muß bestenfalls auf der Grundlage der Prämienordnungen und der Gewinn-Normative geschätzt werden. Dabei kann der Grad der Erfüllung der prämiensfondsrelevanten Kennziffern nicht vorausbestimmt werden, so daß Freiheitsgrade bestehen bleiben, welche eine exakte Vorausplanung verhindern. Zumal für die 60er Jahre dürfte in den verhältnismäßig hohen Prämienausschüttungen eine Ursache für inflationäre Einkommenszuwächse gelegen haben.

Jedoch ist inzwischen eine Regelung vorgesehen, die geeignet ist, diese inflationäre Quelle zu stopfen: Wenn in der DDR die Jahresendprämien ein Monatseinkommen nicht überschreiten sollen und auf dieser Höhe eingefroren werden (Die Wirtschaft, 1975, Heft 25, S. 11), ist eine Begrenzung der Prämienausschüttung für die gesamte Volkswirtschaft wirksam, welche eine unschwer ermittelbare Höchstsumme für Prämien dieser Art insgesamt festlegt und eine sukzessive Annäherung an diese Grenze von einem gewissen Iststand aus berechenbar macht. Andere kleinere Prämien (im sozialistischen Wettbewerb, auftraggebundene Prämien) könnten, selbst wenn sie individuell und leistungsbezogen berechnet werden, auf einen gesamtwirtschaftlich geplanten Prämienfonds angerechnet werden.

3. *Subventionen*: Inflationäre Impulse können in sozialistischen Planwirtschaften durch Preissubventionen aufgefangen werden. Wenn anerkanntermaßen bisher schon die Mieten und Kommuntarife nicht kostendeckend waren und der Staat aus dem Budget zuzahlte²², so lag darin ein Preisstabilisierungselement im Sinne der offenen Inflation, das insoweit als Inflationsindikator wirkte, als Kosten und Zuschüsse stiegen. Für Planwirtschaften, in denen Preise und Löhne mit den genannten Einschränkungen vom Staat festgelegt werden und die Überschüsse der Betriebe über Gewinnabführung und durch die Umsatzsteuer an den Staat fließen, ist es relativ einfach, für eine Gruppe von Gütern und Dienstleistungen an Preisen festzuhalten²³, die niedriger als die Kosten sind. Da es auch hier auf die Veränderung ankommt, können über Verzicht auf Preissenkungen und Lohnsteigerungen in ziem-

²² Die Mieten decken nur rd. $\frac{1}{3}$ der Kosten; den Rest trägt bei staatlichen Bauten der Staat. (Honnecker 1975, S. 4).

²³ „Im Zeitraum 1971 bis 1975 sind das mehr als 50 Milliarden Mark, darunter allein 32,6 Milliarden Mark für die Aufrechterhaltung der niedrigen Verbraucherpreise für Milch, Butter, Brot, Fleisch, Speisekartoffeln und andere Nahrungsgüter und 12,5 Milliarden Mark für Verkehrs- und Dienstleistungen. Das bedeutet zum Beispiel, daß auf 100 Mark Nahrungsmittel, die durch die Bevölkerung gekauft werden, 26,90 Mark Zuwendungen aus gesellschaftlichen Fonds bereitgestellt werden, um die bestehenden niedrigen Verbraucherpreise aufrechterhalten zu können. Für jede Mark, die die Bevölkerung für Beförderungsleistungen aufwendet, werden zusätzlich aus gesellschaftlichen Fonds weitere 1,37 Mark auf Beibehaltung der niedrigen Tarife zur Verfügung gestellt.“ (Honnecker 1975, S. 4).

lich großem Umfang Preisauftriebenden durch Subventionen verhindert werden. Die Finanzierung der Subventionen wird erleichtert, wenn auf Grund von Steigerungen der Arbeitsproduktivität die Einnahmen des Staates aus der Wirtschaft wachsen. So können inflationäre Impulse, die aus unterschiedlichen Quellen kommen, aufgefangen werden. Das Preissystem wird dadurch zunehmend fragwürdig und verliert seine Eigenschaft als Effizienzkriterium der Wirtschaft.

Die wichtigsten inflationären Antriebskräfte im Wirtschaftssystem des sowjetischen Sozialismus gehen auf das Mißlingen der Planung und die daraus entstehenden güterwirtschaftlichen Disproportionen zurück. Mindestens ebenso sehr sind daran die planunabhängigen Entscheidungen der Betriebe, die innerhalb der bestehenden Entscheidungsspielräume auf Maximierung anderer Ziele als die der Zentrale gerichtet sind, beteiligt. Die im Bargeldbereich nicht exakt planbaren Geld-Warenströme und die hohe Bereitschaft der Staatsbank, Planfehler durch Kredite zu finanzieren, sind notwendige Bedingungen, die im Geld- und Kreditsystem verankert sind. Die Fixierung des Preissystems bietet nur in seinen Unvollkommenheiten Möglichkeiten für offene Preissteigerungen, die — da meist nicht in die offiziellen Preisindizes eingehend — nicht so sehr ins Auge fallen wie die Indizien einer zurückgestauten Inflation, deren Erscheinungsformen vor allem unbefriedigte Nachfrage und in gewissem Umfang unverkäufliche Lager sind. Die planwirtschaftlichen Instrumente reichen zwar nicht aus, inflationäre Prozesse, die aus dem System selbst entstehen, zu verhindern, sie halten sie aber in Grenzen, die es in inflationsgeplagten Marktwirtschaften nicht gibt.

Zusammenfassung

Das Erscheinungsbild von inflationären Prozessen in Ländern des sowjetischen Sozialismus ist eine Kombination aus offener und zurückgestauter Inflation. Für Preissteigerungen sind die vielfältigen Durchlöcherungen des zentral fixierten Preissystems verantwortlich, die einer verbesserten Preisbildung dienen sollen, aber den Betrieben die Möglichkeit geben, ihre z. T. durch Plankennziffern und das offiziell installierte Prinzip der materiellen Interessiertheit geleitete Interesse an höheren Preisen zu realisieren. Für die zurückgestaute Inflation sind die Ursachen vor allem in güterwirtschaftlichen Disproportionen zu sehen: Werden Pläne nicht erfüllt oder werden von den Betrieben in ihrem eigenen Entscheidungsspielraum einseitige Sortiments- und Qualitätsentscheidungen getroffen, entstehen Überschußnachfrage und unverkäufliche Lager; auch letztere können Anzeichen inflationärer Defekte sein. In den Einrichtungen des Geldsystems liegt heute eher eine passive Bedingung als eine aktive Ursache. Auch vom Verteilungssystem gehen bestimmte inflationäre Impulse aus. Den institutionell verursachten Inflationserscheinungen stehen zahlreiche Planinstrumente zu ihrer Dämpfung gegenüber, mit denen in der Regel eine hohe Inflationsrate verhindert werden kann.

Summary

In countries with socialism of the Soviet type, inflationary processes manifest themselves in a combination of open and repressed inflation. The many loopholes in the system of centrally fixed prices make price increases possible; they are intended to serve the purpose of improved decentralized price formation, but actually give firms opportunity to realize their interest in higher prices. This interest is caused partly by planning indicators and partly by the officially instituted principle of material interest (the bonus system). The causes of repressed inflation can be seen primarily in the real disproportions which arise between supply and demand for homogeneous goods. If plans are not fulfilled or if firms decide about the assortment and quality of their products (within the scope of their authority to make decisions of this nature), then excessive demand and unmarketable inventories are the result; the latter can also be signs of inflationary defects. The organization of the monetary system today represents a passive condition for inflation rather than an active cause of it. Certain inflationary impulses also originate in the distribution system. Numerous planning instruments are available to check these different processes of inflation, and employment of such instruments usually prevents a high rate of inflation from developing.

Literaturverzeichnis

- Abalkin, L. I.* (1973), *Chozjajstvennyj mehanizm razvitogo socialističeskogo obščestva*. (Der ökonomische Mechanismus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft), Moskva 1973.
- Al'ter und Braginskij* (1970), *Ekonomičeskie zakony i soveršenstvovanie planirovanija narodnogo chozjajstva*, (Die ökonomischen Gesetze und die Vervollkommnung der Planung der Volkswirtschaft), Moskva 1970.
- Ambrée K., J. Bösche und F. Matho* (1970), *Theoretische Grundfragen der Entwicklung der Preissysteme im ökonomischen System des Sozialismus*, *Wirtschaftswissenschaft* 18 (1970), S. 992 - 1012.
- Andres, E.* (1973), *O karaktere obespečenija ustojčivosti deneg pri socializme*, (Die Art der Sicherung der Stabilität des Geldes im Sozialismus), *Ekonomičeskie nauki* (1973), S. 42 - 51.
- Atlas, Z. V.* (1969), *Problema inflacii*, (Das Problem der Inflation), *Vestnik Moskovskogo universiteta, serija VII, ekonomika* 24 (1969), S. 3 - 13.
- Belousov, R. A.* (1969), *Obščestvenno neobchodimye zatraty truda i uroven' opto v ych cen*, (Der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand und das Niveau der Großhandelspreise), Moskva 1969.
- Birman, A. M.* (1973), *Perspektivnyj plan i finansovye resursy*, (Der Perspektivplan und die finanziellen Ressourcen), *Ekonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva* (1973), S. 15 - 24.
- (1975), *Kredit i planomernoe razvitie ekonomiki*, (Der Kredit und die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft), *Izvestija Akademii nauk SSSR, serija ekonomičeskaja* (1975), S. 54 - 62.
- Csapó, L.* (1966), *Central Planning in a Guided Market Model*, *Acta Oeconomica* 1 (1966), S. 237 - 253.

- Fedorenko, N. P.* (1973), Kredit v narodnom chozjajstve: puti soveršenstvovanija, (Der Kredit in der Volkswirtschaft: Wege zu seiner Vervollkommnung), *Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva* 1 (1973), S. 3 - 14.
- Firfarova, G. V.* (1975), Rol' sberegatel'nych kass v upravlenii deneznym obraščeniem, (Die Rolle der Sparkassen bei der Lenkung des Geldumlaufs), *Den'gi i kredit* (1975) Heft 3, S. 68 - 73.
- Garvy* (1966), *Money, Banking and Credit in Eastern Europe*, New York 1966.
- Grossman, G.* (Ed.) (1968), *Money and Plan, Financial Aspects of East European Economic Reforms*, Berkeley, Los Angeles 1968.
- Gusarov, A. S.* (1969), *Mechanizm cen, (Der Preismechanismus)*, Moskva 1969.
- Haffner, F.* (1968 a), Das sowjetische Preissystem. Theorie und Praxis, Änderungsvorschläge und Reformmaßnahmen, *Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin*, Band 29, Berlin 1968.
- (1968 b), Die theoretischen Konzeptionen der sowjetischen Preisreform von 1967, *Osteuropa-Wirtschaft* 13 (1968), S. 204 - 216.
- Hensel, K. P.* (1954), *Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft*, Stuttgart 1954.
- Honnecker, E.* (1975), Zur Durchführung der Parteiwahlen, in: *Berliner Zeitung* Nr. 236 vom 4./5. 10. 1975.
- Johnson, H. G.* (1969), *Beiträge zur Geldtheorie und Geldpolitik, (Essays in Monetary Economics, London 1967)*, Berlin 1969.
- Keese, D.* (1968), Freiwillige Ersparnis in der Sowjetunion, *Osteuropa-Wirtschaft* 13 (1968), S. 142 - 146.
- Koch, W.* (1949), *Kommunismus und Individualismus*, Tübingen 1949.
- Koganov, G. V.* (1971), *Organizacija i planirovanie deneznogo obraščeniya v SSSR, (Die Organisation und Planung des Geldumlaufs in der UdSSR)*, Moskva 1971.
- Komin, A.* (1974), *Cenoobrazovanie — važnyj učastok Ėkonomičeskogo upravljenija, (Die Preisbildung — ein wichtiger Teil der ökonomischen Leitung)*, *Voprosy Ėkonomiki* (1974) Heft 3, S. 16 - 25.
- Konnik, I. I.* (1968), *Zakonomernosti vzajmosvjazi tovarnogo i deneznogo obraščeniya pri socializme, (Die Gesetzmäßigkeiten der Wechselbeziehung des Waren- und Geldumlaufes im Sozialismus)*, Moskva 1968.
- Kopeškov, P.* (1970), *Mežterritorial'naja migracija deneg, (Interregionale Geldbewegungen)*, *Ėkonomičeskie nauki* (1970), Heft 1 S. 74 - 75.
- Levin, A. I.* (1973), *Socialističeskij vnutrennij rynek, (Der sozialistische innere Markt)*, Moskva 1973.
- Neumann, H.* (1974), *Wirtschaftliche Rechnungsführung in der UdSSR, Sozialistische Finanzwirtschaft* (1974), Heft 24, S. 11 - 14.
- Nikitina, L.* (1965), *Spros i predloženie tovarov narodnogo potreblenija pri socializme, (Nachfrage und Angebot bei Waren des Volksverbrauchs im Sozialismus)*, *Voprosy Ėkonomiki* (1965), Heft 3, S. 118 - 123.

- Ol'sevič, Ju.* (1963), *Novye manervy buržuaznych kritikov trudovoj teorii stoimosti*, (Neue Manöver der bürgerlichen Kritiker der Arbeitswertlehre), *Voprosy ekonomiki* (1963), Heft 9, S. 103 - 119.
- Orlov, Ja.* (1975), *Promyšlenno — torgovyj mehanizm dolžen rabotat' slaženno*, (Der Mechanismus zwischen Industrie und Handel muß reibungslos arbeiten), *Sovetskaja torgovlja*, 1 (1975), S. 2 - 5.
- Oyrganowski, B.* (1962), *Problems of Inflation under Socialism*, in: D. C. Mague (Ed.), *Inflation*, London 1962, S. 332 - 341.
- Petrakov, N. Ja.* (1975), *Sočetaie natural'nogo i stoimostnogo aspekt v planirovanija i upravljenija*, (Die Verbindung natürlicher und wertmäßiger Aspekte bei der Planung und Leitung), *Izvestija Akademii nauk SSSR*, serija ekonomičeskaja (1975), Heft 3, S. 5 - 21.
- Peščonov, V. A.* (1971), *Planomernost' i stoimost' v socialističeskom obščestve*, (Die Planmäßigkeit und der Wert in der sozialistischen Gesellschaft), Leningrad 1971.
- Röpke, W.* (1947), *Offene und zurückgestaute Inflation*, *Kyklos* (1947), S. 57.
- Schließer, W.* (1974), *Zur Rolle der Betriebe und zu Entwicklungstendenzen der wirtschaftlichen Rechnungsführung im entwickelten Sozialismus*, *Wirtschaftswissenschaft* 22 (1974), S. 345 - 357.
- Schwarz, B.* (1974), *Inflation (Deflation) in zentral geleiteten Volkswirtschaften — dargestellt am Beispiel Polens*, in: C. Watrin (Hrsg.), *Struktur- und stabilitätspolitische Probleme in alternativen Wirtschaftssystemen*, Berlin 1974 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 76).
- Šik, O.* (1967), *Plan und Markt im Sozialismus*, (Übersetzung aus dem Tschechischen, 1964), Wien 1967.
- Simes, D. K.* (1975), *The Soviet Parallel Market*, *Survey* 21 (1975) Heft 3, S. 42 - 52.
- Sitnin, V.* (1968), *Itogi reformy optovyh cen i zadači dal'nejšego soveršenstvovanija cenoobrazovanija v SSSR*, (Ergebnisse der Reform der Großhandelspreise und die Aufgaben der weiteren Vervollkommnung der Preisbildung in der UdSSR), *Voprosy ekonomiki* (1968), Heft 5, S. 26 - 36.
- Tiegel, D.* (1969), *Geldpolitik bei zentraler Lenkung des Wirtschaftsprozesses*, *Osteuropa-Wirtschaft* 14 (1969), S. 42 - 56.
- Valovoj, D. V. und G. E. Lapšina* (1973), *Socializm i tovarnye otnošenija*, (Der Sozialismus und die Warenbeziehungen), Moskva 1972.
- Zur Vervollkommnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung unter der Berücksichtigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Thesen, Autorenkollektiv unter Leitung v. H. Nick), *Wirtschaftswissenschaft* 22 (1974), S. 321 - 344.
- Vsesojuznoe soveščanie rabotnikov cenoobrazovanija*, (Allunionsberatung der Arbeiter der Preisbildung), *Ekonomičeskaja gazeta* (1969) Nr. 7, S. 23 - 26.
- Zala, J.* (1973), *Inflation, développement économique et planification*, *Acta Oeconomica* 10, 1973, S. 147 - 156.